



STUDIEN ZUR LÄNDERBEZOGENEN KONFLIKTANALYSE

SÜDTHAILAND

von

Jost Wagner

In Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Thailand

Februar 2007

Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse

Südthailand

von
Jost Wagner

In Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der
Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Thailand

Februar 2007

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten 1925 gegründet, ist die FES der sozialen Demokratie verpflichtet mit der Zielsetzung,

- die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im Geiste von Demokratie und Pluralismus zu fördern,
- begabten jungen Menschen durch Stipendien Zugang zu Studium und Forschung zu ermöglichen und
- zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit beizutragen.

Derzeit arbeiten 560 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an der Weiterführung dieser Ziele. Die internationale Arbeit verbindet die FES mit Partnern in über hundert Ländern. Ziel der Projektaktivitäten zur demokratischen und sozialen Gestaltung der Globalisierungsprozesse ist eine konstruktive, den Frieden fördernde Transformation von Konflikten in verschiedenen Phasen. Zivile Konfliktbearbeitung umfasst dabei sämtliche vor, während oder nach gewaltsam ausgetragenen Konflikten ansetzende Maßnahmen

- der gezielten Einflussnahme auf die Konfliktursachen, die Kontrahenten und ihre Dialogformen sowie
- zur gezielten Stärkung des friedlichen Potenzials innerhalb der jeweiligen Gesellschaft(en).

Die FES entwickelt derzeit Ansätze und Instrumente zur konfliktsensiblen Ausrichtung ihrer Projektarbeit. Das FES Team Konfliktbearbeitung arbeitet am Design und der Umsetzung von „Peace and Conflict Impact Assessment“ (PCIA), das einen besonderen Schwerpunkt auf das gesellschaftspolitische Umfeld eines Projekts legt und somit dem Ansatz einer politischen Stiftung entspricht.

Über den Autor

geboren 1969, studierte Soziologie und Volkswirtschaft an der Universität Trier und Universidad de Zaragoza (Spanien). Von September 2001 bis März 2005 war er für die GTZ in Indien und Afghanistan als Auslandsmitarbeiter und Gutachter tätig. Von April 2005 – März 2006 arbeitete er als lokaler Vertreter der deutschen Botschaft im Rahmen der deutschen Partnerschaftsinitiative (Tsunamihilfe) in Südthailand. Seit April 2006 ist er freiberuflich als entwicklungspolitischer Gutachter, Moderator und Trainer für deutsche und internationale Organisationen tätig. Er lebt zur Zeit in Bangkok / Thailand.

ISSN 1862-3689

ISBN 978-3-89892-705-5

Die Reihe „Studien zur Länderbezogenen Konfliktanalyse“ wird herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit
Referat Entwicklungspolitik
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin

Auftraggeber der vorliegenden Studie ist das Referat
Asien und Pazifik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Erstellung der Studie erfolgte in der Verantwortung
der Landesvertreterin in Thailand.

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign Bonn

Herstellung: Katja Ulanowski, Friedrich-Ebert-Stiftung

Februar 2007

Inhaltsverzeichnis

1. Zielsetzung und politischer Kontext der Studie	5
2. Konfliktrahmen	7
3. Strukturelle Konfliktursachen	9
3.1 Das Erbe der Geschichte	9
3.2 Ethnizität und Thaisierung	9
3.3 Soziale und wirtschaftliche Situation	10
3.4 Bildung	12
4. Situative Konfliktfaktoren	14
4.1 Thaksins Politik im Süden	14
4.2 Rechtssituation	14
4.3 Ökonomie der Gewalt	16
4.4 Die internationale Komponente	17
4.5 Malaysia	17
5. Grundlagen für den Frieden	19
5.1 Die Politik der Übergangsregierung – eine erste Bilanz	19
5.2 Der Bericht der National Reconciliation Commission (NRC)	19
6. Akteure: Konfliktpyramide Südthailand	21
6.1 Militante Gruppen	22
6.2 Regierung	22
6.3 Thailändische Zivilgesellschaft	23
6.4 Internationale Akteure	23
7. Diskussion möglicher Szenarien	35
7.1 Worst Case-Szenario	37
7.2 Realistisches Szenario	39
7.3 Best Case-Szenario	39
8. Empfehlungen	28
8.1 Rahmenbedingungen	28
8.2 Kriterien	29
8.3 Empfehlungen	29
8.3.1 Förderung des gesellschaftlichen Dialogs	29
8.3.2 Förderung der objektiven Berichterstattung von Medien	30
8.3.3 Förderung von Rechtssicherheit	31
8.3.4 Förderung der Jugendarbeit	31
8.3.5 Opfer der Gewalt	32
8.3.6 Empowerment von Frauen / Gender	33
8.3.7 Stärkung der lokalen Selbstverwaltung	34
9. Abschlussbemerkungen	36
Anhänge	36
Anhang 1: Chronologie des Konflikts im Süden	36
Anhang 2: Literaturliste	40
Anhang 3: Karte von Thailand	42
Anhang 4: Gesprächsleitfaden	43
Anhang 5: Verzeichnis der Abkürzungen	45

1. Zielsetzung und politischer Kontext der Studie

Ziel der vorliegenden Konfliktanalyse ist nicht nur die gegenwärtigen wichtigsten Linien, Ebenen, Akteure und Dynamiken des Konflikts in Südthailand aufzuzeigen, sondern operative Vorschläge zur systematischen Förderung von Konfliktprävention und -lösung durch gesellschaftspolitische Kooperationsprogramme zu erarbeiten. Insbesondere soll die Studie zu einer besseren strategischen Ausrichtung der Maßnahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Deeskalation und Friedensförderung beitragen. Methodisch orientiert sich die Studie am Leitfaden „Konfliktanalyse zur Entwicklung von Handlungsoptionen für gesellschaftspolitische Kooperationsprogramme“, der im Rahmen der Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt) im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Friedrich-Ebert Stiftung (FES) und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) entwickelt wurde. Die Arbeit an der Studie wurde im Februar 2006 begonnen und sollte im September 2006 beendet werden. Die Erstellung der Studie war von bedeutenden politischen Entwicklungen in Thailand begleitet, die eine Anpassung der Empfehlungen an die sich ständig ändernde politische Situation notwendig machten. In der vorliegenden Studie sind Ereignisse und Entwicklungen bis Februar 2007 berücksichtigt. Letzten Endes muss diese Konfliktanalyse als eine Momentaufnahme verstanden werden. Im Folgenden soll ein kurzer Abriss über die Ereignisse seit 2006 gegeben werden, die die Erstellung dieser Studie stark beeinflusst haben.

Seit Anfang 2006 hatte sich Premierminister Thaksin Shinawatra einer wachsenden außerparlamentarischen Oppositionsbewegung gegenüber gesehen. Thaksin rief Anfang 2006 Neuwahlen aus, die aber von den drei Oppositionsparteien boykottiert wurden. Seitdem galt die Thaksin-Administration nur als Übergangsregierung. Bei den Wahlen im April 2006 siegte Thaksins „Thai Rak Thai“-Partei erwartungsgemäß in allen Landesteilen – mit Ausnahme der Grenzprovinzen, wo sie nicht einmal die erforderlichen 20 Prozent der Stimmen errang. Die Wahl wurde kurze Zeit später für ungültig erklärt und ein neuer Wahltermin für Ende 2006 an-

gesetzt. Dazu sollte es jedoch nicht mehr kommen. Am Abend des 19. September putschten Teile des thailändischen Militärs unter Führung des Oberbefehlshabers der Bodestreitkräfte, General Sonthi Boonyaratglin. Die Verfassung wurde aufgehoben und das Parlament aufgelöst. Nach zwei Wochen wurde der ehemalige General Surayud Chulanont als Interimspremierminister ernannt. Eine Woche später stellte dieser sein Kabinett vor. Ihm gehören hauptsächlich Technokraten und Regierungsbeamte an, nur zwei der 26 Kabinettsmitglieder sind ehemalige Militärs. Die Putschisten nehmen aber weiterhin Einfluss auf die innenpolitischen Geschicke durch den Rat für nationale Sicherheit (CNS) und haben sich das Recht vorbehalten, die Interimsregierung jederzeit wieder absetzen zu können. Auch weiterhin ist die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt. Spätestens bis Ende 2007 sollen eine neue Verfassung erarbeitet werden und Neuwahlen stattfinden. Mit dem Putsch verbanden viele Thailänder die Hoffnung, dass es auch zu einer Umkehr in der Südpolitik kommen würde. General Sonthi selbst hatte vor dem Putsch noch zu Gesprächen mit den Aufständischen aufgerufen. Auch der neue Interimspremierminister hat die Problematik im Süden des Landes zu einer seiner beiden wichtigsten Aufgaben ernannt. Zudem gibt die Ernennung von Aree Wongarya zum Innenminister Anlass zur Hoffnung, dass der anerkannte Muslim sich für friedliche Konfliktlösungen in den Grenzprovinzen einsetzen wird. Der Bericht, den die noch von Thaksin eingesetzte „Nationale Versöhnungskommission (NRC)“ unter Vorsitz des ehemaligen Premierministers Anand Panyarachun im Juni 2006 vorgelegt hatte, dürfte in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Die Kommission – bestehend aus 50 handverlesenen Vertretern aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, davon 18 aus den südlichsten Provinzen – hatte ein Jahr an dem Bericht „*Overcoming Violence Through the Power of Reconciliation*“ gearbeitet.¹ Die Kommission

¹ Es handelt sich eigentlich um drei Berichte: Eine Kurzfassung, eine Langfassung und einen Bericht über bisherige Maßnahmen der NRC und ihre Wirkungen.

war mit dem Auftrag angetreten, Vorschläge zur Befriedung der Situation in den Grenzprovinzen auszuarbeiten.² Der Bericht der Nationalen Versöhnungskommission ist der bisher umfassendste Versuch die Ursachen des Konfliktes zu analysieren und Wege zu einer Befriedung der Region aufzuzeigen. Am 5. Juni 2006 beendete die Kommission ihre Arbeit.³

Fast alle für diese Studie Befragten haben den Bericht als grundsätzlich positives Ergebnis begrüßt und es ist davon auszugehen, dass trotz der besonderen politischen Situation der Bericht eine wesentliche Grundlage für die Lösung des Konfliktes im Süden sein wird. Gesellschaftspolitische Organisationen sollten deshalb ihre Programme und Aktivitäten auch unter Berücksichtigung dieses Berichtes entwickeln.

Die Ergebnisse der vorliegenden Konfliktanalyse beruhen neben einer Auswertung von wissenschaftlicher Literatur und Presseartikeln vor allem auf Gesprächen mit VertreterInnen gesellschaftlich relevanter Gruppen und Einzelpersonen. Mit Hilfe eines Gesprächsleitfadens wurden zwischen Juli und August 2006 in den Provinzen Pattani und Yala sowie in der Hauptstadt Bangkok Interviews mit Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen geführt. Allen Interviewpartnern wurde die Vertraulichkeit ihrer Aussagen zugesichert. Ihre Aussagen wurden aus diesem Grund in der vorliegenden Studie anonymisiert. Noch ein Hinweis: Im Hinblick auf eine bessere Lesbarkeit wird im folgenden Text zumeist die männliche Form verwendet. Es werden jedoch grundsätzlich Personen beiderlei Geschlechts angesprochen.

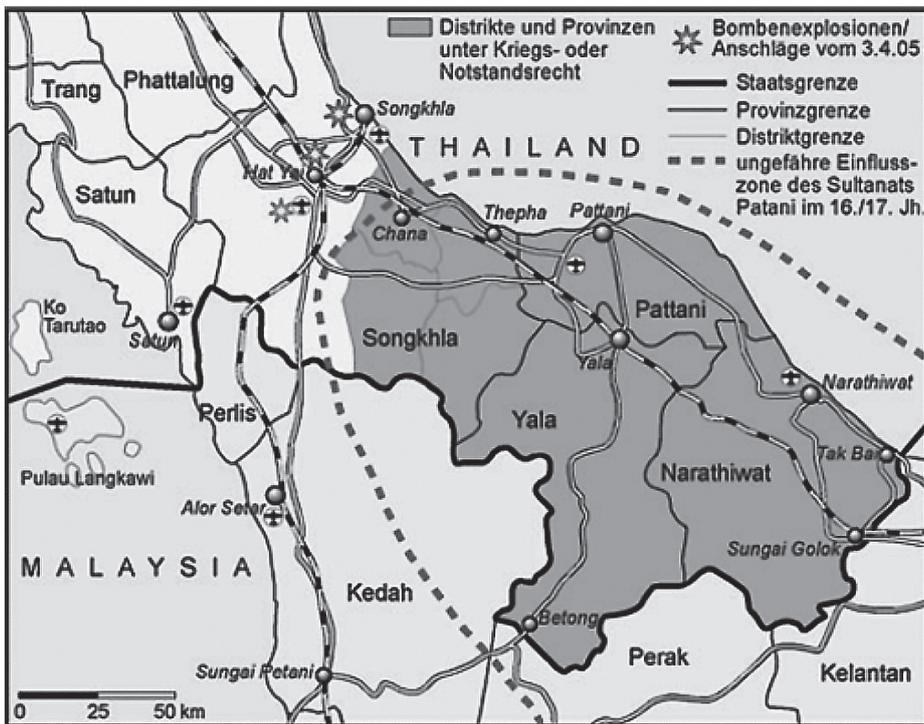
² In den letzten Jahren gab es bereits mehrere Versuche, Lösungsansätze für eine Befriedung der Region zu entwickeln. Ein anderer Ansatz war u. a. der 7-Punkte-Plan des Bildungsministers Chaturon Chaisan vom März 2004. Er wurde aber umgehend von Premierminister Thaksin verworfen.

³ Bemerkenswert ist, dass im Gegensatz zu Versöhnungskommissionen in Ländern wie Südafrika und Argentinien die thailändische Versöhnungskommission einberufen wurde, ohne dass es bereits zum Ende der Gewalttätigkeiten gekommen war. Die NRC hat ihre Arbeit offiziell mit der Veröffentlichung ihres Abschlussberichtes beendet und ist aufgelöst. Eine Kurz- und eine Langfassung finden sich auf der Webseite der NRC: <http://www.nrc.or.th>

2. Konfliktrahmen

„Fulfill your dream at happiness in Pattani“ steht auf einer großen Werbetafel etwa 20 km vor der Provinzhauptstadt Pattani. Dass es im „Urlaubsparadies“ Thailand auch eine Region mit fast täglich stattfindenden Bombenattentaten, Brandstiftungen und Mordanschlägen gibt, ist nur wenigen Menschen außerhalb des Königreichs bekannt.

schem Hintergrund angekündigt. Seit 2004 sprechen Experten und Medien allgemein von einer Eskalation der Gewalt. Von dieser Gewalt in den Grenzprovinzen sind viele gesellschaftliche Gruppen betroffen: Polizisten, Soldaten, Beamte, Lehrer, Studierende, Landarbeiter und Kautschukpflanzler, lokale Geschäftsleute, Mönche als auch muslimische Geistliche.



Kartographie: Claudia Dehling

Unruhegebiete in Südthailand

Seit mehr als 100 Jahren gibt es Spannungen und gewalttätige Konflikte in den drei Grenzprovinzen Pattani, Yala und Narathiwat. Schon 1902, im ersten Jahr nachdem sich Siam das bis dahin unabhängige Sultanat Patani einverleibte, kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen.⁴ Insbesondere in den 70er und Anfang der 80er Jahre kämpften militante Gruppen für die Abspaltung von Thailand. In den 90er Jahren flauten die Gewalttätigkeiten stark ab. Aber bereits seit Mitte 2001 hatte eine Reihe von Mordanschlägen auf Polizisten das Wiederaufflammen der Gewalt mit separatisti-

schem Hintergrund angekündigt. Seit 2004 sprechen Experten und Medien allgemein von einer Eskalation der Gewalt. Von dieser Gewalt in den Grenzprovinzen sind viele gesellschaftliche Gruppen betroffen: Polizisten, Soldaten, Beamte, Lehrer, Studierende, Landarbeiter und Kautschukpflanzler, lokale Geschäftsleute, Mönche als auch muslimische Geistliche. Seit Januar 2004 sind nach Angaben des *Is-sara News Center* über 2083 Menschen getötet worden.⁵ Zunehmend werden auch Zivilisten Opfer von Gewaltaktionen, darunter mehr als 60 Lehrer. Gerade die Lehrkräfte und Mitarbeiter des staatlichen Bildungssystems sind im Visier militanter Gruppen, da sie, so die Aussagen vieler Experten, als Symbole für die Assimilierungspolitik der Zentralregierung gesehen werden. Inzwischen haben sich viele von ihnen bewaffnet. Auffallend ist, dass sich die Zahl der muslimischen und buddhistischen Opfer in etwa die Waage hält – eine Tatsache, die aber nur von einer Minderheit in der Bevölkerung zur Kenntnis genommen wird. Bei den Opfern muslimischen Glaubens handelt es sich in erster Linie um Regierungsbeamte oder Personen, die als Unterstützer der thailändischen Regierung gelten. Aber auch mutmaßliche Kollaborateure wurden enthauptet, erschlagen und verbrannt.

Drei Ereignisse im Jahre 2004 sind exemplarisch für die Eskalation der Gewalt. Im Januar 2004 stürmten unbekannte Angreifer ein Militärlager in

⁴ Patani ist die malaysische Schreibweise für die Region, die alle drei Südprovinzen umfasst: Pattani, Yala und Narathiwat. Die thailändische Schreibweise ist „Pattani“.

⁵ Stand: Ende Februar 2007, Bangkok Post, 02. März 2007

Narathiwat, setzten 18 Schulen in Brand und zündeten mehrere Bomben. Dabei kamen vier Soldaten ums Leben und es wurden zahlreiche Waffen gestohlen. Am folgenden Tag kamen zwei Polizisten bei einem Bombenanschlag in der Stadt Pattani ums Leben. Die Regierung verhängte kurz darauf das Kriegsrecht, welches im Juli 2005 durch ein alle drei Monate verlängertes Notstandsdekret ersetzt wurde.

Am 28. April 2005 griffen über 100 junge Männer – teilweise nur mit Messern und Macheten bewaffnet – zeitgleich 11 Polizei- und Militärposten in den drei Provinzen an. 37 Aufständische verschanzten sich in der Krue Se Moschee in Pattani und wurden beim Sturm der Moschee von thailändischen Militäreinheiten erschossen. Insgesamt kamen an dem Tag 107 Militante ums Leben.

Am 25. Oktober 2004 endete eine Demonstration im Grenzort Tak Bai mit dem Tod von 85 Menschen. Etwa 3000 Menschen hatten vor der örtlichen Polizeistation für die Freilassung von sechs Mitgliedern einer lokalen „Sicherheitsgruppe“ demonstriert, denen vorgeworfen wurde, Waffen an Militante weitergegeben zu haben. Der Protest eskalierte und 1300 Demonstranten wurden verhaftet. 78 von ihnen erstickten, als sie mit auf den Rücken gefesselten Händen und übereinander gestapelt in Militärtransportern zu einem 130 km entfernten Militärlager in Pattani gebracht wurden.

Die Gemüter erregte auch der Fall der aus dem Norden stammenden Grundschullehrerin Juling Pongkunmul, die im Mai 2006 von einer aufgebrauchten Menge misshandelt worden war und später monatelang in Songhkla im Koma lag, aus dem sie nicht mehr erwachte. Die Medien berichteten ausführlich darüber. Die Brutalität im Fall der jungen Lehrerin lässt nach Ansicht mancher Beobachter auf wachsende Konflikte in den Beziehungen zwischen den buddhistischen und muslimischen Bevölkerungsgruppen schließen.

Bisher gab es in Thailand jedoch keine Anschläge außer in den unter Notstandsrecht stehenden Provinzen Narathiwat, Yala und Pattani und der benachbarten Provinz Songhkla. So gab es am 3. April 2005 und am 16. September 2006 jeweils mehrere Bombenanschläge in Hat Yai. Beide Anschlagsserien hatten vor allem zivile Einrichtungen wie Einkaufszentren und Hotels zum Ziel. Ob die Bombenserie, die in Bangkok am Sylvester-

abend 2006 drei Todesopfer und mindestens achtunddreißig Verletzte gefordert hatte, auf Terroristen aus dem Süden zurückzuführen ist, ist noch unbeantwortet und führt zu heftigen Debatten. Während Surayud den nahe liegenden Verdacht, dass die malaiisch-muslimischen Separatisten der Südprovinzen die Attentate verübt hätten, praktisch ausschloss, meldete die BBC am 2. Februar 2007, dass ein Verdächtiger auf Sicherheitskameras als Thawansak Paenae, ein gesuchter Terrorist der Barisan Revolusi Nasional (BRN) aus den Grenzprovinzen identifiziert wurde. Bisher hatte die Regierung auf größere Gewaltaktivitäten unter anderem mit der weiteren Entsendung von Militär und Polizeikräften reagiert. Unter der Regierung Thaksin waren geschätzte 20-30.000 Soldaten und etwa 10.000 Polizeibeamte in der Region im Einsatz. Inwieweit die Übergangsregierung von Surayud Schritte zur Demilitarisierung einleiten wird, bleibt abzuwarten. Zwar lässt sich auf der einen Seite eine Abkehr von der Politik der harten Hand der Vorgängerregierung beobachten, aber ein knappes halbes Jahr nach dem Militärputsch ist festzustellen, dass die Gewalt keineswegs abgenommen hat. Eher das Gegenteil. Zwar hat die Zahl der Anschläge nicht signifikant zugenommen, aber sie werden immer brutaler ausgeübt. Anfang 2007 häufen sich auch zunehmend die Anzeichen, dass in den Gemeinden die Spannungen zwischen den muslimischen und buddhistischen Bevölkerungsgruppen zunehmen. Eine steigende Anzahl von Vorfällen zeigt, dass die Ankündigung der Übergangsregierung und des CNS, die Gewalt im Süden eindämmen zu können, falsch war.

Was sind die Gründe für die Gewalt in den südlichsten Provinzen Thailands? Diese Frage ist schwierig zu beantworten und seit der Eskalation des Konflikts im Jahre 2004 ist eine lebhafte Debatte zur Frage „Warum“ und „Warum jetzt“ entstanden. Eines ist sicher: die Ursachen sind vielfältig und interdependent, ein monokausaler Erklärungsansatz verbietet sich. Aber auch andere Fragen sind unzureichend geklärt. Wer sind die Gewaltakteure und was sind ihre Motive? Wie kann die Gewalt beendet oder wenigstens reduziert und ein friedliches und harmonisches Zusammenleben aller Menschen im Süden erreicht werden? Können internationale Nichtregierungsorganisationen einen signifikanten Beitrag bei der Konfliktlösung leisten?

3. Strukturelle Konfliktursachen

3.1 Das Erbe der Geschichte

Die Provinzen Narathiwat, Yala und Pattani sowie Teile der Provinz Songkhla bildeten seit Ende des 14. Jahrhunderts das muslimische Sultanat Patani. Patani war mehrere Jahrhunderte – insbesondere auf dem Höhepunkt seiner Macht im 16. und 17. Jahrhundert – ein bedeutendes politisches Zentrum, wichtiger Handelsort und ein Zentrum des Islams in Südostasien. 1786 wurde Patani durch das Thai-Königreich Siam unterworfen, nachdem es bereits in den Jahrhunderten zuvor immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Königreichen gekommen war. Trotz der nominellen Herrschaft Siams blieb das ehemalige Sultanat bis Anfang des 20. Jahrhunderts in seiner politischen und wirtschaftlichen Struktur erhalten. 1902 wurde Patani dann formell Siam einverleibt. Mit dem anglo-siamesischen Vertrag von 1909 trat Siam seine südlichsten Provinzen Perak, Kelantan, Kedah und Perlis an British-Malaya (dem heutigen Malaysia) ab. Im Zuge von Verwaltungsreformen wurde Patani in die drei Provinzen Yala, Narathiwat und Pattani aufgeteilt und die lokalen Fürsten wurden durch Bangkok ergebene Gouverneure ersetzt. In den nächsten Jahrzehnten hatten die Zentralisierungs- und Assimilierungspolitik der Zentralregierung immer wieder zu Unruhen und Aufständen bei der überwiegend malaiischen Bevölkerung geführt. Viele nationalistische und religiöse Führer wurden verhaftet, einige zum Tode verurteilt oder ermordet. In den 50er und 60er Jahren entstanden dann die ersten bewaffneten Unabhängigkeitsbewegungen. In den 80er und 90er Jahren gab es einen Zeitraum relativer Ruhe, nachdem der damalige General Prem Thinsulanond eine Wende in der Sicherheitspolitik für die Grenzprovinzen anordnete. Ab 2001 nahmen dann die Anschläge vor allem gegen staatliche Einrichtungen und Sicherheitskräfte wieder zu. Wichtig ist festzuhalten, dass viele Menschen in den Grenzprovinzen ein ausgeprägtes Gefühl dafür besitzen, einst zu einem bedeutenden, einflussreichen Sultanat Patani gehört zu haben.

3.2 Ethnizität und Thaisierung

Nach Aussagen von vielen Experten sind Kultur und Sprache sowie die ethnische Zugehörigkeit der thailändischen Muslime (ca. 5% der Gesamtbevölkerung) von den jeweiligen Regierungen nicht ausreichend anerkannt worden – eine Tatsache, die separatistischen Bewegungen bis heute fruchtbaren Boden bereitet. Obwohl die inzwischen außer Kraft gesetzte Verfassung von 1997 die theoretische Grundlage für Individualrechte – ungeachtet Geschlecht, Religion etc. – garantierte, bestand in der Praxis immer noch eine Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Ungefähr 80-90% der ungefähr 1,8 Millionen Menschen in den drei Grenzprovinzen sind Muslime malaiischer Herkunft und sprechen einen malaiischen Dialekt (Jawi). Im Gegensatz zum Nachbarn Malaysia wird zudem eine arabische Schreibweise benutzt. Viele Muslime in den Grenzprovinzen haben bis heute in erheblichem Umfang ihre Lebensweise und islamisch-malaiische Kultur bewahrt. Die malaiischen Muslime des Südens haben sich wohl als einzige ethnische Gruppe in den Grenzen Thailands dem Assimilierungsdruck der thailändischen Regierung dauerhaft widersetzt. Dabei verstand sich das alte Königreich Siam stets als eine multikulturelle Gesellschaft bestehend aus verschiedenen ethnischen Gruppen wie z. B. Chinesen, Mon, Khmer, Malaien, Karen und den Bewohnern Isans im Nordosten des Landes. Dies änderte sich vor allem mit der Machtübernahme von Feldmarschall Phibun Songkram (1938-44 u. 1948-57) Ende der 30er Jahre. Mit dem Ziel einen modernen Nationalstaat zu schaffen, erklärte er, dass Thailand nur eine thailändische Kultur haben dürfte. Die Kultur Zentralthailands wurde zur Leitkultur erhoben und der Theravada Buddhismus zur nationalen Religion erklärt. Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgten Phibun sowie auch sein Nachfolger Feldmarschall Sarit Thanarat (1958-63) eine radikale Assimilierungspolitik. Phibun verfügte mehrere Erlasse, um die Thaisierung der Bevölkerung in den Grenzen des Landes voranzutreiben. Schulpflicht mit ausschließlich Thailändisch als Unterrichtsprache, die Aufhebung muslimischer Feiertage, das Verbot des Tra-

gens traditioneller Kleidung in der Öffentlichkeit und das Bestreben, die islamische Rechtsprechung abzuschaffen, wurden von der muslimischen Bevölkerung in den Grenzprovinzen als massiver Angriff auf ihre traditionelle Lebensweise gewertet. Phibun änderte zudem den ethnisch neutralen Namen des Landes von Siam in Thailand und propagierte die neuen Eckpfeiler der thailändischen Nation: thailändische Sprache, Buddhismus und Monarchie.⁶ Dieses Verständnis von „Thai-Sein“ wurde durch moderne Filme, Musik oder Werbung weiter verstärkt. Phibuns Absicht war, dass selbst in den traditionellen islamischen Volksschulen (Pondoks) Thai gesprochen werden sollte. Damit förderte er geradezu den Wunsch nach Unabhängigkeit von Thailand. Nicht wenige sehen den Mangel an kultureller Selbstbestimmung als den wichtigsten Faktor für den Konflikt in Südthailand. Vielfach wird die Forderung nach einem neuen Verständnis von „Thai-Sein“ geäußert. Es wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, wenn Thailand sich als Land mit einer großen ethnischen und kulturellen Vielfalt verstehen würde. Eine solche Haltung, so viele Kritiker, trüge dazu bei, militanten Gruppen die Möglichkeit zu nehmen, Religion und Ethnizität für ihre radikalen Ziele zu instrumentalisieren. Ende November 2006 ließ die Übergangsregierung durch ihren Regierungssprecher den Beschluss verkünden, Jawi als Arbeitssprache im Süden bei öffentlichen Behörden zuzulassen sowie sicherzustellen, dass ausreichend malaiisch sprechendes Personal eingesetzt wird. Inwieweit diese Ankündigung wirklich umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

⁶ Sunai Pasuk weist dabei auf ein zentrales Paradoxem hin. Der Staat sah kulturelle Assimilierung als Mittel, den Staat sicherer zu machen. Die Sicherheit wurde aber gerade durch Proteste gegen diese Assimilierungspolitik gefährdet. Vgl. Southern Thailand. Insurgency, not Jihad, ICG, S. 3

3.3 Soziale und wirtschaftliche Situation

Armut und Arbeitslosigkeit werden häufig als strukturelle Ursachen für die Gewalt im Süden genannt.⁷ Was sind die Fakten? Die drei Grenzprovinzen Yala, Pattani und Narathiwat gehören aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive nicht zu den ärmsten Regionen Thailands.⁸ Viele Provinzen, vor allem im Nordosten Thailands, schneiden im Vergleich von Kernindikatoren wie Bruttosozialprodukt und Pro-Kopf-Einkommen wesentlich schlechter ab.

Table A1.6 Five best and worst performers on income indicators

Household income (Baht per month)	Poverty incidence (%)	Households with debt (%)
Five best		
Bangkok (29,425)	Pathum Thani, Surat Thani (0)	Samut Sakhon (29.1)
Nonthaburi (28,907)	Phuket (0.21)	Ayutthaya (39.7)
Phuket (26,017)	Samut Prakan (0.31)	Samut Prakan (43.6)
Pathum Thani (22,653)	Phang-nga (0.55)	Samut Songkhram (44.5)
Samut Prakan (19,594)	Nonthaburi (0.57)	Bangkok (45.8)
Five worst		
Nong Bua Lam Phu (6,943)	Tak (29.60)	Buri Ram (83.7)
Mae Hong Son (6,681)	Sakon Nakhon (30.16)	Si Sa Ket (84.4)
Surin (6,485)	Nakhon Phanom (32.27)	Roi Et (85.2)
Uthai Thani (6,407)	Mae Hong Son (33.95)	Maha Sarakham (85.5)
Yasothon (6,018)	Surin (33.97)	Amnat Charoen (86.2)

Quelle: Thailand Human Development Report, UNDP 2007

⁷ Der thailändische Politikwissenschaftler Srisompob Jitpiromsri hatte im Auftrag der Nationalen Versöhnungskommission diese These 2005 einer empirischen Überprüfung unterzogen. Statistische Daten stammen aus Srisompob 2006.

⁸ Der Thailand Human Development Report 2007 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) sieht nur Narathiwat unter den zehn Provinzen mit den schlechtesten aggregierten Werten in Einkommen, Bildung, Gesundheit, soziale Situation, Umwelt, Partizipation sowie Transport und Kommunikation. In einzelnen Bereichen liegen einzelne Grenzprovinzen im Ranking unter den ersten zehn. So ist Yala Spitzenreiter für die aggregierten Gesundheitswerte in Thailand. Dies dürfte vor allem an der geringen Infektionsrate mit dem HIV-Virus liegen.

Es lässt sich jedoch in vielen Bereichen eine kontinuierliche Verschlechterung wirtschaftlicher Indikatoren feststellen. Wichtig ist vor allem ein Vergleich zur Nachbarprovinz Songkhla oder mit der malaysischen Nachbarprovinz Kelantan. Diese beiden Gebiete sind für viele Menschen in den Unruheprovinzen ihre Referenzpunkte. In diesem Vergleich schneiden die Grenzprovinzen relativ schlecht ab. So ist einem deprivations-theoretischen Erklärungsansatz, dem zufolge die wahrgenommene ökonomische Benachteiligung für die Gewaltbereitschaft ursächlich ist, eine gewisse Relevanz zuzuschreiben. Relative Deprivation kann darin gesehen werden, dass gerade die malaiischen Muslime trotz relativ aufwendiger Wirtschaftsentwicklungsprogramme der Regierung nur wenig von eben dieser Entwicklung in Thailand im allgemeinen und in der Region im besonderen profitiert haben. Zudem sind die Einkommen ungleich verteilt. Während insbesondere buddhistische Thais die Verwaltung übernehmen und die chinesisch-stämmigen Thais weite Teile der Wirtschaft kontrollieren, leben viele malaiische Muslime mit oft geringen Einkommen von Landwirtschaft und Fischfang. Nach Berechnungen von Srisompob leben von den ca. 1,3 Millionen muslimischen Bewohnern der drei Grenzprovinzen etwa 470.000 unter der Armutsgrenze.⁹

Ein weiterer Aspekt ist der Zugang zu den natürlichen Ressourcen. Sowohl der Bericht der Nationalen Versöhnungskommission als auch verschiedene Gesprächspartner sehen Konflikte um den Zugang zu natürlichen Ressourcen als bedeutenden Faktor. Eine im Auftrag der NRC erstellte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass in den so genannten „Roten Zonen“, d.h. den Gegenden, die von der Regierung als Gegenden mit hoher Aktivität von Aufständischen klassifiziert wurden, in 120 Dörfern und in fast 50% der Fälle Konflikte um natürliche Ressourcen festgestellt werden können.¹⁰

⁹ Nach Berechnungen des Innenministeriums leben in Pattani 634.376 (Männer: 313.132 / Frauen: 321.244), Yala 464.121 (Männer 231.087, Frauen: 233.034) und Narathiwat 700.525 (Männer 347.087 / Frauen 353.438) Menschen. Stand: Dezember 2004. Die Daten sind entnommen aus den Thailand Human Development Report 2007, S.108.

¹⁰ Von 1639 Dörfern in den Grenzprovinzen sind 257 als Rote Zonen klassifiziert. Vgl. NRC Report 2006, S. 26.

Als ein Beispiel wird der Kampf traditioneller Fischer gegen moderne Fischfangflotten genannt. Auch scheint es Konflikte zwischen der eher subsistenz-orientierten Landwirtschaft vieler malaiischer Muslime und modernen landwirtschaftlichen Projekten wie den großen, kommerziellen Garnelenfarmen zu geben. Dies ist auch ein Grund, warum viele muslimische Malaiinnen und Malaien dem neu angekündigten Wirtschaftsförderungsprogramm der Regierung Surayud nur wenig Beachtung schenken.

Ein weiteres Problem ist die hohe Arbeitslosigkeit. Die Zahlen der thailändischen Regierung weisen die Arbeitslosigkeit mit 2,1% für Pattani, 1,9% für Narathiwat und gar nur 0,6% für Yala als sehr niedrig aus.¹¹ Die statistischen Daten spiegeln jedoch nicht die Realität wider. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch der abschließende Bericht der NRC. Demnach ist die Jugendarbeitslosigkeit bei den 20-24 jährigen besonders hoch. Viele junge Menschen haben nach dem Schulabschluss nur wenige (Berufs)Chancen, im formellen Sektor eine Anstellung zu bekommen. Nach Berechnungen von Professor Srisompob arbeiten geschätzte 35% der muslimischen Bevölkerung im informellen Sektor, z. B. als Straßenverkäufer oder in einem der zahlreichen Teeläden. Etwa 25% arbeiten für die eigene Familie und nur 32,5% arbeiten im Privatsektor. Vor allem auf Gummiplantagen und in der Landwirtschaft finden viele Muslime eine Anstellung. Der Tourismussektor in der Region, der bis 2003 von thailändischen Binnentouristen und Besuchern aus Singapur und Malaysia profitierte und mit ca. 30% Einkommensanteil einen wichtigen Pfeiler der regionalen Wirtschaft darstellte, ist seit dem Ausbruch der Gewalt zusammengebrochen. Insgesamt schätzt der Vorsitzende des Southern Business Council, dass 40-50% der lokalen Betriebe aufgrund der Gewalt die Region verlassen haben. Um ihr Einkommen zu sichern, arbeiten viele Muslime als Gastarbeiter in Malaysia. Ihre Zahl wird auf bis zu 200.000 geschätzt, aber genaue Erhebungen über die Zahl der Arbeitsmigranten gibt es nicht. Sie arbeiten als Arbeiter, Bauern, Verkäufer und in der Gastronomie und leisten hohe Transferzahlungen. Eine extreme Benachteiligung besteht vor allem für Muslime im

¹¹ Vgl. Thailand Human Development Report 2007, S.115

erschweren Zugang zu Stellen im öffentlichen Dienst. Es gibt keine zuverlässige Statistik, dennoch wird der Anteil der lokalen muslimischen Bevölkerung im öffentlichen Dienst auf nur 10% bis 20% geschätzt.

3.4 Bildung

In den drei Grenzprovinzen sind drei Typen von Bildungsinstitutionen für Kinder und Jugendliche zu unterscheiden. Staatliche Schulen, private islamische Schulen und die traditionellen islamischen Volksschulen bzw. Pondoks. In den letzten Jahren hat das Bildungssystem einen erheblichen Wandel erfahren. Öffentliche Schulen unterrichten heutzutage in begrenzter Weise den Islam an muslimische Schüler. Viele ehemalige Pondoks sind heute private muslimische Schulen, die sowohl den Islam lehren als auch das staatliche Curriculum. Sie sind vom Bildungsministerium anerkannt und bekommen staatliche Zuschüsse. Jedoch schicken viele muslimische Familien ihre Kinder weiterhin auf eine der hundert traditionellen Pondoks. Diese Schulen bekommen so gut wie keine staatlichen Zuschüsse und sind deshalb auf lokale oder ausländische Spenden angewiesen. Viele islamische Schulen haben Spenden aus islamischen Ländern wie Saudi-Arabien oder Kuwait angenommen.

Das System der Pondoks ist ein wichtiger Teil der malaiisch-muslimischen Kultur. Es stammt historisch aus Patani und mehrere berühmte Lehrer haben wesentlich zur Verbreitung der islamischen Religion in Südostasien beigetragen. Auf der anderen Seite führt das Pondoksystem heute unweigerlich zur Benachteiligung vieler Thais malaiischer Herkunft in Bildungs- und Berufsmöglichkeiten. Die meisten Absolventen von Pondoks weisen erhebliche Defizite sowohl in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern als auch in der thailändischen Sprache auf. Diese Bildungsmängel haben im Zusammenhang mit den hohen Zugangsvoraussetzungen der Universitäten und insbesondere den Schwierigkeiten, sich in der thailändischen Sprache auf universitärem Niveau auszudrücken, zur Folge, dass es nur wenige Studierende malaiischer Herkunft gibt. Im Jahre 2002 besaßen geschätzte 2% der muslimi-

schen Bevölkerung im Süden einen Universitätsabschluss.¹²

Die Lehrer (*ustaz*) muslimischer Schulen haben ihre religiöse Ausbildung in erster Linie an Universitäten und Bildungseinrichtungen in Malaysia, Indonesien, Ägypten, Saudi-Arabien, Tunesien, Pakistan und Indien erhalten. Da der thailändische Staat bisher die Abschlüsse der ehemaligen Auslandsstudierenden nicht anerkennt, sind die Chancen auf eine gute Stelle in der privaten Wirtschaft oder öffentlichen Verwaltung sehr begrenzt. Das Einkommen der Lehrer in einem Pondok ist zudem um ein Vielfaches niedriger als das eines Lehrers im staatlichen Dienst.

Viele buddhistische Thais sehen die Pondoks als Brutstätten der Gewalt. Insbesondere seit Januar 2004 stehen viele Lehrer und religiöse Führer unter einer Art Generalverdacht – zumindest wird es von vielen Muslimen so wahrgenommen. Viele von ihnen wurden oft ohne ausreichende Beweislage verhaftet. Die Sicherheitskräfte sehen viele Lehrer und religiöse Führer aufgrund ihres Studiums im Ausland als Sicherheitsrisiko. Dieser Verdacht wird zudem durch den Zufluss von Spendengeldern aus islamischen Ländern für die islamischen Schulen noch verstärkt. Die Ereignisse vom 28. April 2004, bei denen zahlreiche Pondokschüler an Angriffen auf Polizeiposten beteiligt waren, hat diese Haltung noch verstärkt. Es gilt als unbestritten, dass viele Anführer der Aufständischen eine Ausbildung in einem Pondok bekommen haben. Dennoch bestehen viele muslimische Vertreter darauf, dass der thailändische Staat sich nicht in die islamische Ausbildung einmischen sollte.

Die Brandstiftung staatlicher Schulen belegt, dass viele Muslime im Süden diese Bildungseinrichtungen als Mittel kultureller Assimilation durch die Buddhisten verstehen. In den letzten Jahren sind über 100 Schulen Ziele von Brandanschlägen geworden. Seit 2004 wurden mindestens 60 Lehrerinnen und Lehrer ermordet. Nach Angaben von Prasert Kaewptech, Direktor des *Centre for Educational Management in the Southern Border Provinces*,

¹² Der Thailand Human Development Report 2007 gibt die Anzahl der Personen mit einem Universitätsabschluss für Pattani mit 7%, Yala 6,5% und Narathiwat mit 4,2% an. Diese Zahlen sind jedoch nicht nach Religionszugehörigkeit differenziert.

haben mindestens 1600 erfahrene LehrerInnen die Gegend verlassen und sind oft durch nur unzureichend ausgebildete Kräfte ersetzt worden. Zahlreiche buddhistische Lehrer haben einen Antrag auf Versetzung gestellt. In vielen Gegenden werden Lehrer von Soldaten zur Schule begleitet. Gesprächspartner berichten, dass sich das Verhältnis zwischen muslimischen und buddhistischen Lehrern in den staatlichen Schulen abgekühlt hat. Als exemplarisch dafür gilt auch der unter Punkt 2 beschriebene Angriff auf die Lehrerin Juling. Ein weiterer Fall ereignete sich im August 2006, als ein Lehrer vor den Augen seiner Schüler von zwei Attentätern erschossen wurde. Solche Ereignisse, die von den thailändischen Medien leider oft in undifferenzierter Weise dargestellt werden, erhitzen die Gemüter der mehrheitlich buddhistischen Bevölkerung Thailands.

4. Situative Konfliktfaktoren

4.1 Thaksins Politik im Süden

Politische Beobachter sehen in der Politik des ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra einen wesentlichen Faktor für die Eskalation des Konflikts. Ihm jedoch die alleinige Verantwortung anzulasten, ist sicherlich falsch. Es gilt jedoch als unstrittig, dass Thaksins Entscheidung im Mai 2002, die Sonderverwaltung für die Grenzprovinzen, das *Southern Border Provinces Administration Centre (SBPAC)*, aufzulösen, ein folgenschwerer Fehler war. Stattdessen übertrug er - selbst ein ehemaliger Polizist - die Zuständigkeiten in großem Maße an die Polizei. Die offizielle Begründung lieferte damals der Nationale Sicherheitsrat (NSC). Dieser kam in einem Bericht zu dem Ergebnis, dass die Gewalt von der organisierten Kriminalität, den so genannten „einflussreichen Kreisen“ ausging. Von einem wirklichen Aufstand separatistischer Gruppen könne nicht mehr gesprochen werden. Die Sonderverwaltung war in den 80er Jahren vom damaligen Premierminister Prem Thinsulanond aufgebaut worden und galt zahlreichen Experten als ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Deeskalation in der Region Anfang der 90er Jahre. Unter der Sonderverwaltung hatten die Streitkräfte gemeinsam mit Polizei, Zivilbehörden und islamischen Würdenträgern für Ordnung und Sicherheit gesorgt. Insbesondere wurde die Sonderverwaltung wegen ihrer Kommunikation mit der lokalen Zivilgesellschaft, des relativ hohen Anteils an muslimischen Mitarbeitern und der Möglichkeit, Polizei und Soldaten vom Dienst zu suspendieren, gelobt.

Warum hatte Thaksin diese offensichtlich erfolgreiche Institution aufgelöst? Eine Theorie liefert der britische Thailandspezialist Duncan McCargo.¹³ Er bewertet die Gewalteskalation aus einer innenpolitischen Perspektive. Im Wahljahr 2001 feierte Thaksin einen überwältigenden Wahlerfolg, aber er musste dennoch eine schwere Wahl-niederlage in den Grenzprovinzen hinnehmen. Der Süden Thailands gilt traditionell als Hochburg der Demokratischen Partei. Zudem gelten

die drei Grenzprovinzen durch die Sonderverwaltung als Einflussbereich des *Privy Councils*, dem Beraterstab des thailändischen Königs. Prominenteste Persönlichkeit ist hier der ehemalige General und Premierminister Prem Thinsulanond - derselbe, der damals den Aufbau einer Sonderverwaltung anordnete. Nach Einschätzung von McCargo und anderen Analysten wollte Thaksin mit der Auflösung der Sonderverwaltung seinen Einfluss über den Süden sicherstellen. Nach der Auflösung der Institution, die viele Jahre mit Vertrauen von Prem besetzt wurde, ersetzte Thaksin zahlreiche Beamte und Militärs mit Personen seines Vertrauens. Insbesondere aus der Opposition aber auch aus Militär- und Regierungskreisen wurden in den letzten zwei Jahren Stimmen zur Wiedereröffnung des Zentrums laut. Alternativ forderte die Nationale Versöhnungskommission eine neue Institution mit weitreichenden Vollmachten, eigenen finanziellen Mitteln und auf einer soliden juristischen Basis, um diese als einen zentralen Pfeiler in ihrer Friedensstrategie zu installieren. Nach dem Militärcoup nahm ein umstrukturiertes SBPAC am 1. November 2006 wieder seine Arbeit auf. Obwohl diese Entscheidung von vielen Seiten gelobt wurde, stellt sich die Frage, ob diese Institution mit ihrem Mangel an kompetenten Beamten und ihren knappen Ressourcen signifikant zu einer Verbesserung der Situation beitragen kann. Bis Anfang 2007 konnten jedenfalls keine nennenswerten Erfolge vermeldet werden. Dies ist bei der gegenwärtigen Struktur auch kaum zu erwarten. Der Direktor ist weder gegenüber den drei Gouverneuren der Grenzprovinzen weisungsbefugt, noch hat er einen nennenswerten Einfluss auf Polizei oder Militär. Der Enthusiasmus, mit dem viele die Wiederherstellung der Sonderverwaltung begrüßt hatten, scheint bereits nach wenigen Monaten sehr abgeflaut zu sein.

4.2 Rechtssituation

Eine weitere Ursache für die Eskalation der Gewalt liegt an dem Mangel an Rechtssicherheit bzw. der Verletzung von Grund- und Menschenrechten in der Region. Zu diesem Ergebnis kom-

¹³ Für eine ausführliche Diskussion vgl. McCargo 2006.

men auch mehrere internationale Organisationen, u. a. Amnesty International, die ihre Empfehlungen in dem Satz zusammenfasst: „If you want peace, work for justice“.¹⁴ Thaksin hatte nach den koordinierten Anschlägen im Januar 2004 das Kriegsrecht ausgerufen, welches 2005 von einem Notstandsdekret abgelöst wurde, das bis heute alle drei Monate verlängert wird. Das Dekret wird von manchen Kritikerinnen und Kritikern als „Lizenz zum Töten und Foltern“ bezeichnet. Fakt ist jedenfalls, dass im Rahmen des Dekrets Soldaten und Polizisten Immunität sowohl vor strafrechtlicher als auch zivilrechtlicher Verfolgung erhalten. Auch sind so gut wie keine disziplinarischen Maßnahmen gegen Polizisten und Militärangehörige wegen Fehlverhaltens wie zu Zeiten der ersten Sonderverwaltung bekannt. Das Notstandsdekret erlaubt den Sicherheitskräften Verdächtige bis zu 30 Tage ohne Gerichtsbeschluss in Gewahrsam zu nehmen. Von diesem Recht scheinen die Behörden auch häufig Gebrauch zu machen. Zudem machen sich Menschenrechtler zunehmend Sorgen über die steigende Anzahl spurlos verschwundener Menschen. Nach Angaben der NRC sind in den letzten Jahren 23 Fälle von „Verschwindenlassen“ bestätigt worden, aber Thailands Nationale Menschenrechtskommission geht von mindestens 200 Personen aus; andere Beobachter sehen die Zahlen noch höher.¹⁵ Das „Verschwindenlassen“ bzw. die gewaltsame Verschleppung von Personen in den südlichen Grenzregionen scheint systematisch verwendet zu werden und nicht nur das Werk einzelner Personen innerhalb der Streitkräfte zu sein. Die meisten verschleppten Personen standen unter dem Verdacht Terroristen zu sein oder diese zu unterstützen. Prominentester Fall ist das Verschwinden des bekannten muslimischen Rechtsanwalts Somchai Neelaijapit am 12. März 2004. Er war Vorsitzender der *Muslim Lawyer Association* und stellvertretender Vorsitzender des Menschenrechtskomitees der *Law Society of Thailand* gewesen und hatte sich durch die

Verteidigung mehrerer vermutlicher Separatisten hervorgetan. Außerdem setzte er sich bis zu seiner inzwischen als sicher geltenden Ermordung gegen Folter in Untersuchungshaft ein und warb für die Aufhebung des Kriegsrechts in den Grenzprovinzen. In den mehr als drei Jahren seit Somchais Verschwinden sind die Umstände weiterhin nicht völlig geklärt. In Verbindung mit seinem Verschwinden wurden fünf Polizisten festgenommen, aber nur einer von ihnen wurde wegen eines geringeren Deliktes zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und bis zu seinem Berufungsverfahren auf Kautions auf freien Fuß gesetzt.¹⁶ Unter der Übergangsregierung wurde das Department of Special Investigations (DSI) mit den Ermittlungen beauftragt. Das DSI spricht offiziell davon, dass sie genug Hinweise haben, dass Somchai tot ist, aber bisher konnte sein Leichnam nicht gefunden werden. Die meisten Verschleppungen fanden unter der Regierungszeit von Thaksin statt, aber kaum einer der verantwortlichen Polizisten und Militärs ist jemals zur Rechenschaft gezogen worden. Der Tod von 85 Personen in Tak Bai im Oktober 2004 stärkt ebenfalls das Gefühl vieler Menschen, dass die thailändische Justiz nicht in der Lage ist, Gerechtigkeit zu gewährleisten. 78 starben dabei in Gewahrsam der thailändischen Behörden. Bis heute wurde keine Person zur Verantwortung gezogen. Dagegen mussten sich im gleichen Zusammenhang 59 Personen wegen Teilnahme an einer illegalen Versammlung vor Gericht verteidigen. Viele dieser Menschen sahen sich aufgrund des langen Gerichtsverfahrens hohen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Nach Angaben des *Rule of Law and Reconciliation Centre* wurden 390 Personen zwischen dem 4. Januar 2005 und dem 31. Juli 2006 wegen separatistischer Gewalt angeklagt.¹⁷ Ein wichtiger Aspekt war auch die Existenz von so genannten „schwarzen Listen“, auf deren Grundlage viele Menschen verhaftet und ihre Wohnungen durchsucht wurden. Ende April 2006 bestätigte Armeechef Sonthi Boonyaratglin, dass solche Listen existierten. Es gibt zudem zahlreiche Berichte von korrupten Autoritäten, die ihre Macht missbrauchen, von Folter in Gefängnissen

¹⁴ Vgl. unter anderem die aktuellen Berichte von Human Rights Watch, Amnesty International, International Commission for Jurists, Asian Human Rights Commission oder International Crisis Group (ICG).

¹⁵ Offensichtlich werden manche Fälle nicht bekannt. So berichten mehrere Gesprächspartner, dass viele Familien Angst davor haben, sich nach dem Verbleib ihrer Angehörigen bei den Behörden zu erkundigen. Auch kann es sein, dass Personen aus Angst vor Verfolgung und Verhaftung durch die Behörden untertauchen.

¹⁶ Die anderen Polizisten sind nach Angaben eines Gesprächspartners weiter im Dienst und angeblich wieder in den Grenzprovinzen im Einsatz.

¹⁷ Vgl. Bangkok Post, 17.08.06

und über Hinrichtungen von Verdächtigten nach ihrer Entlassung aus dem Polizeigewahrsam. Hinzu kommt, dass viele Militär- und Polizeiangehörige, häufig aus weit entfernten Provinzen stammend, nicht ausreichend auf ihren Einsatz im Süden vorbereitet sind. Viele Militärs und Polizisten sprechen weder den lokalen malaiischen Dialekt noch sind sie mit der lokalen Kultur und ihren Eigenheiten vertraut. Hinzu kommt, dass zumindest die Versetzung von Polizisten in die Unruheprovinzen in internen Kreisen als „*dump place*“ für inkompetente Mitarbeiter gesehen wird. So ist eine wichtige Forderung für die Deeskalation, dass im Süden eingesetzte Staatsangestellte gut ausgebildet sein müssen.

Die staatliche Gewalt hat zu großer Unzufriedenheit, Misstrauen und Hass bei der lokalen muslimischen Bevölkerung geführt. Viele vermuten hinter Anschlägen Racheakte jugendlicher Muslime. Auch bemängeln Beobachter, dass dieser rechtlose Zustand es separatistischen Gruppen leichter macht, Nachwuchs für terroristische Aktionen zu rekrutieren. Das harte Durchgreifen der Regierung Thaksin hat zu einem starken Anwachsen des Misstrauens zwischen der buddhistischen und muslimischen Bevölkerung geführt. Manche Beobachter befürchten, es könnte eines Tages zu offenen Gewalttätigkeiten unter der lokalen Bevölkerung kommen.

Die neue Regierung hatte nach dem Staatsstreich erklärt, dass die mangelnde Gerechtigkeit in den Grenzprovinzen eine der Hauptursachen für die Probleme sei. Es gab deshalb einige positive erste Veränderungen. So ließ Surayud offiziell die schwarzen Listen abschaffen und er verbot die Auslobung von Kopfgeld auf mutmaßliche Separatisten. Auch ließ die Staatsanwaltschaft alle Anklagen gegen Personen fallen, die an den Demonstrationen von Tak Bai teilgenommen hatten. Aber weiterhin scheinen weder die Polizei noch die Armee konkrete Schritte eingeleitet zu haben, die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen. Auch ist 2007 das Notstandsdekret immer noch in Kraft. So dürfte es nicht weiter verwundern, dass Surayuds positive Ankündigungen noch keine mindernde Wirkung auf die Anzahl der Gewaltaktionen in der Region gezeigt haben. Auch wenn sich die Anzahl willkürlicher Verhaftungen verringert hat, geht die *International Crisis Group* da-

von aus, dass Menschenrechtsverletzungen weiterhin alltäglich vorkommen.

4.3 Ökonomie der Gewalt

Ein weiterer Faktor der in einem engen Zusammenhang mit der Rechtssituation steht, ist die Ökonomie der Gewalt. Viele Gesprächspartner sehen vor allem so genannte „einflussreiche Kreise“ als Verursacher der Gewalt: Drogenhändler, Waffenschmuggler, Zuhälter. Sowohl Angehörige der Sicherheitskräfte als auch der Aufständischen sollen Mitglieder dieser mafiösen Strukturen sein. Bis Mitte 2004 hatte Premierminister Thaksin noch die organisierte Kriminalität – insbesondere rivalisierende Drogenbanden – für die Gewalt im Süden verantwortlich gemacht. Eine solche These lässt sich durch die Statistiken der Nationalen Drogenkontrollbehörde (ONCB) stützen, die einen dramatisch ansteigenden Drogenkonsum ausweist.¹⁸ Der deutsche Südthailandspezialist Alexander Horstmann spricht gar von einer „Überschwemmung mit Drogen“ und vertritt die These, dass die Gewalt im Süden insbesondere durch den von Premier Thaksin ausgerufenen Drogenkrieg im Jahre 2003 eskaliert sei.¹⁹ Thaksin hatte damals die Polizei und lokale Behörden angewiesen, den Drogenhandel als ein Sicherheitsrisiko einzustufen und radikal durchzugreifen. Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass in ganz Thailand über 2000 Menschen zu Tode kamen. Auf Grundlage von „schwarzen Listen“ sollen auch in der Grenzregion hunderte von Menschen ermordet worden sein. Eine völlige Aufklärung hat es trotz einer Sonderkommission der Regierung nie gegeben. Allgemein wird jedoch vermutet, dass in diesem rechtsfreien Zustand alte Rechnungen innerhalb der organisierten Kriminalität beglichen wurden. Überhaupt sehen einige Gesprächspartner in der Konfliktregion hinter manchen Vorfällen nicht muslimische Separatisten, sondern eher korrupte Beamte, Geschäftsleute, Polizisten und Militärs. So sollen beispielsweise Schulen angezündet worden sein, um die finanzielle und materielle Unterstützung der Zentralregierung für die

¹⁸ Konsumiert wird vor allem Marihuana und Codein aus Hustensäften gemischt mit anderen stimulierenden Stoffen wie Alprazolam. Vgl. bspw. Srisompob 2006

¹⁹ Telefoninterview mit Dr. Alexander Horstmann am 21. Juli 2006

Krisenregion sicherzustellen.²⁰ Auch werden von der thailändischen Zentralregierung viele aufwendige Entwicklungsprojekte gefördert, an denen manche Gruppen gut verdienen dürften.

Während 2004 noch viele Menschen im Süden hinter der Gewalt vor allem kriminelle Elemente vermuteten, hat eine soziologische Untersuchung im Auftrag der Nationalen Versöhnungskommission gezeigt, dass heutzutage kaum noch jemand Banditen, individuelle Konflikte oder korrupte Beamte als Urheber der Gewalt sieht. Auch die neue Regierung unter Premier Surayud hat mit der Tradition der Regierung Thaksin gebrochen, die Gewalt zum Teil kriminellen Gruppierungen zuzuschreiben.

4.4 Die internationale Komponente

Ein weiterer Faktor, der zu Eskalation der Gewalt beigetragen hat, ist die Entwicklung seit den terroristischen Angriffen vom 11. September 2001. So sehen einige Analysten die Terroranschläge auf das World Trade Center als wichtigsten Auslöser des andauernden Gewaltausbruchs. Binnen drei Jahren nach 9/11 hat sich die Zahl der Terroranschläge verzehnfacht, schreibt die Bangkok Post anlässlich des 5. Jahrestages des 11. September 2001. Eine Verbindung zwischen dem 11. September 2001 und einem Anstieg der Gewalttaten herzustellen, scheint jedoch sehr weit hergeholt. Tatsache ist, dass Premier Thaksin im eigenen Land insbesondere von den Muslimen des Landes für seine Beteiligung am Irakeinsatz und Unterstützung der Bush-Administration im „Global War on Terror“ kritisiert wurde.²¹ Auch sind viele Muslime heute deutlich informierter über Ereignisse und Entwicklungen im Ausland. Durch die Verbreitung von Satellitenfernsehen und Internet seit Ende der 90er Jahre hat sich der Zugang zu Informationen und Meinungen aus anderen muslimischen Ländern verbessert. Eine steigende Anzahl von Muslimen aus dem Süden hat ihre Ausbildung in arabischen Ländern oder Pakistan erhalten. Zudem erhält eine Vielzahl islamischer Schulen finanzielle Unterstützung aus dem mitt-

leren Osten. Geschätzte 10.000 Muslime aus den Grenzprovinzen absolvieren jährlich die Pilgerfahrt (hajj) nach Mekka.

So ist es nicht weiter verwunderlich, dass in Thailand (wie in der gesamten südostasiatischen Region) der Islam eine deutliche Wandlung erfahren hat. War in Südostasien lange der Sufismus – eine tolerante, weltoffene und vergleichsweise liberale Form des Islam – verbreitet, findet sich nun auch vermehrt eine konservative Variante – der Wahabismus – in den Grenzprovinzen. Zur Frage inwieweit davon auszugehen ist, dass der Wahabismus in Südthailand einen großen Einfluss gewonnen hat, gibt es stark divergierende Meinungen.

Einige Beobachter sahen den amerikanischen Geheimdienst CIA involviert, um die Regierung Thaksin als zuverlässigen Partner der Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Terror zu erhalten. Fakt ist, dass die Vereinigten Staaten sich bisher mit öffentlichen Kommentaren zum Süden zurückgehalten haben. Die US-Behörden haben bisher in allen offiziellen Aussagen den Konflikt im Süden als einen internen Konflikt bewertet.

4.5 Malaysia

Einige Beobachter sehen Malaysia als einen wichtigen Akteur für einen nachhaltigen Frieden in den Grenzprovinzen. Noch zu Beginn der Gewalt 2004 hatte die Regierung Thaksin die malaysische Regierung um Unterstützung gebeten. Aus malaysischer Perspektive waren das Hauptproblem die schlechten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den Unruheprovinzen. Im August 2004 hatten sich die beiden Länder darauf geeinigt, eine *Joint Development Strategy* für Thailands Grenzprovinzen und Malaysias nördliche Bundesstaaten auszuarbeiten. Auch war angedacht, dass Malaysia bei der Ausbildung muslimischer Gelehrter helfen sollte – eine Maßnahme, die dazu beitragen sollte, dass islamistisch-fundamentalistische Einflüsse eingedämmt werden. Mit Thaksins Politik der harten Hand bei der Bekämpfung der Aufständischen und Ereignissen wie Tak Bai verschlechterten sich die Beziehungen jedoch dramatisch. Höhepunkt war die Flucht von 131 thailändischen Muslimen aus den Unruhegebieten ins benachbarte Kelantan in Malaysia. Erst nach dem Militärcoup wurde öffentlich bestätigt, dass

²⁰ Die Brandstiftung einer Fabrik im August 2006 wurde von einem Gesprächspartner als reiner Versicherungsbetrug bezeichnet.

²¹ Vgl. Wheeler 2006

es 2005 drei Runden von Friedensgesprächen auf der malaysischen Ferieninsel Langkawi zwischen hochrangigen Militärs und Exilführern von *Pattani United Liberation Organization* (PULO) und anderen Gruppierungen gegeben hatte. Vermittler war der ehemalige malaysische Premier Mahathir Mohamad. Man einigte sich auf eine gemeinsame Friedenstrategie. Der Plan sah weder Unabhängigkeit noch Autonomie von Thailand vor. Hauptpunkte waren eine Amnestie für die Aufständischen und die Einführung der malaiischen Sprache in Schulen. Nichtsdestotrotz ignorierte Thaksin die Ergebnisse der Geheimverhandlungen. Analysten maßen den Langkawi-Gesprächen im Rückblick auch wenig Bedeutung zu, da die Exilführer nur wenig Einfluss auf die lokalen Aktionen in den Grenzprovinzen ausüben könnten. Nach dem Militärcoup im September 2006 verbesserten sich die Beziehungen mit Kuala Lumpur schnell. Der Übergangspremier Surayud traf sich mit seinem Amtskollegen bereits in den ersten Wochen nach seiner Amtseinführung. Es ist Anfang Januar 2007 jedoch unklar, inwieweit Malaysia eine Rolle als Vermittler in dem Konflikt spielen kann. Die Separatisten sind zudem nicht auf die Gesprächsangebote der Übergangsregierung eingegangen. Und so lange nicht von irgendeiner Seite ein klare Erklärung mit politischen Forderungen abgegeben wird, fehlt der thailändischen Regierung auch der nötige Gesprächspartner. Dennoch könnte Malaysia durch eine potentielle Vermittlerrolle Unterstützung bei einigen wichtigen Themen anbieten.

5. Grundlagen für den Frieden

5.1 Die Politik der Übergangsregierung – eine erste Bilanz

Einige Monate nach dem Militärputsch lässt sich eine erste, vorsichtige Bilanz ziehen. Die Übergangsregierung von Surayud Chulanont hat einige viel versprechende Maßnahmen begonnen. Die bedeutendsten davon sind: eine öffentliche Entschuldigung Surayuds für Übergriffe der Armee und Kompensation für die 84 Todesopfer der Verhaftungsaktion in dem Ort Tak Bai sowie die Amnestie für alle Angeklagten; die Neuuntersuchung des Massakers in der Kru-Se-Moschee und des Verschwindens von Menschenrechtsanwalt Somchai; die Abschaffung schwarzer Listen von terrorverdächtigen Zivilisten; die Ausbildung weiblicher Ranger²²; Anerkennung von Jawi als Arbeitssprache; die Einrichtung einer wirtschaftlichen Sonderzone, die auch die beiden Nachbarprovinzen einschließt. Der wichtigste Schritt ist sicherlich die Wiederbelebung der von Thaksin 2002 aufgelösten Sonderverwaltung, die aus Sicherheitskräften, Zivilbehörden und islamischen Würdenträgern zusammengesetzt ist. Dennoch bekommt Surayud von konservativen und nationalistischen Kreisen viel Kritik für seine Friedensaktivitäten. Insbesondere die erste öffentliche Entschuldigung eines thailändischen Regierungschefs wurde ihm als Fehler angelastet. Alle diese Aktionen haben sich auch nicht in einer Art „Friedensdividende“ ausgezahlt. Im Gegenteil. Einen Tag nach der historischen Entschuldigung Surayuds verfünffachten sich die Angriffe der Rebellen. Ende November kam es verstärkt zu blutigen Anschlägen auf Lehrer, so dass alle 944 Schulen in den Grenzprovinzen für einige Zeit geschlossen wurden. Politische Beobachter gehen davon aus, dass radikale Gruppen versuchen, einen möglichen Friedensprozess zu unterminieren. In den letzten Monaten sind immer wieder Flugblätter

aufgetaucht. Diese versuchen die Gesellschaft entlang ethnischer und religiöser Linien zu entzweien. Für diese These sprechen auch Flugblätter, die behaupten, dass die Grenzprovinzen nicht das Land der buddhistischen Thailänder seien, sondern eine religiöse Konfliktzone ähnlich wie Palästina oder Afghanistan. Nur der bewaffnete Kampf wird *Fatoni Darussalam* - „Islamisches Land Patani“ in Arabisch - von der buddhistisch-thailändischen Besatzung befreien, so der Text weiter. Es ist davon auszugehen, dass die Aufständischen über das weitere Vorgehen zerstritten sind. Einige Gruppierungen scheinen Friedensverhandlungen gegenüber aufgeschlossen zu sein, während andere dies kategorisch ablehnen.

5.2 Der Bericht der *National Reconciliation Commission (NRC)*

Kurz nachdem Thaksin die Wahlen von 2005 gewonnen hatte, etablierte er die Nationale Versöhnungskommission (NRC). Vorsitzender wurde der frühere Premierminister Anand Panyarachun. Die Kommission hatte den Auftrag, Vorschläge zur Befriedung der Situation in den drei Grenzprovinzen auszuarbeiten. Anfang Juni 2006 hatte die Kommission ihre Arbeit beendet und der Regierung ihren Abschlussbericht vorgelegt. Die NRC schlug vor, einen grundsätzlich friedlichen Ansatz zu versuchen, der auf der Bereitschaft zum Dialog beruhe. Strategisches Kernstück ist die Einrichtung einer neuen Sonderverwaltung mit weit reichenden Vollmachten und eigenem Budget. Daneben schlägt die NRC unter anderem die Bildung einer unbewaffneten Friedensbrigade (Santisena) vor, der neben Militärangehörigen auch Zivilisten und Polizisten angehören sollten, um die Spirale von Gewalt und Gegengewalt zu stoppen, die für die Situation kennzeichnend sei. Damit stellte sich die Kommission gegen die bisher von der Regierung betriebene Militarisierung des Konfliktes durch massiven Militäreinsatz und den Abbau von demokratischen Rechten mittels Notstandsgesetzgebung. Die NRC schlug weiterhin vor, in angemessener Weise auf die kulturelle Identität der Menschen in den Südpfeilprovinzen ein-

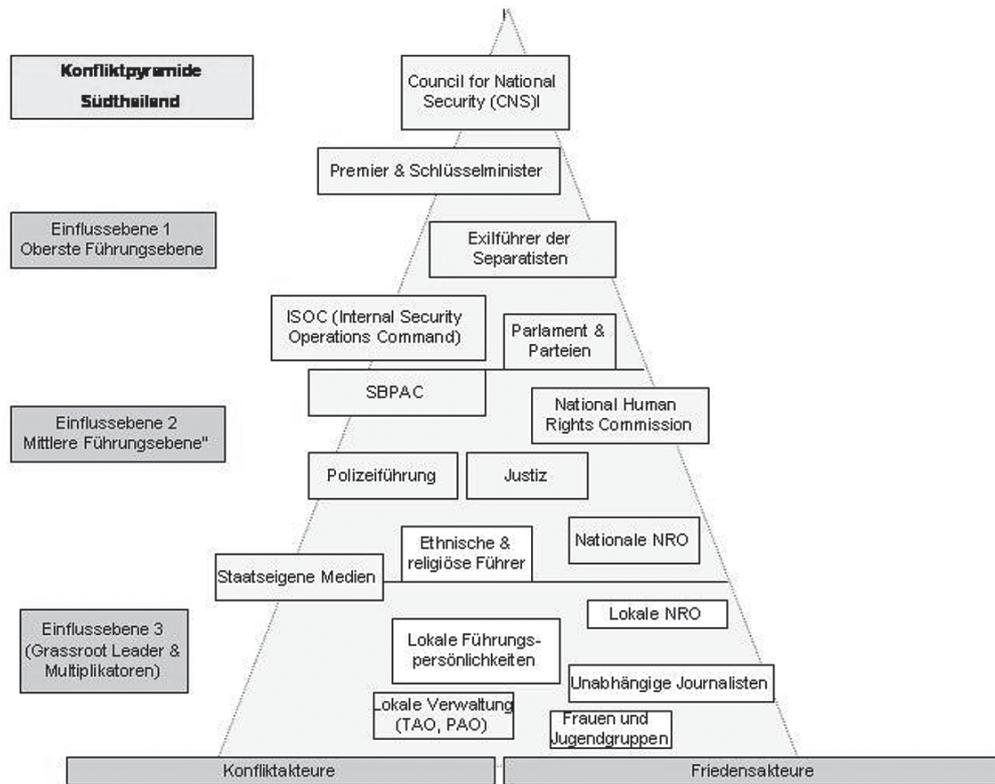
²² Die Regierung plant die weiblichen Ranger in einer neuen Strategie einzusetzen. Vermehrt scheinen Frauen an Anschlägen direkt beteiligt zu sein, oder sie behindern die Behörden durch Demonstrationen und Blockaden. Bisher waren die männlichen Soldaten und Polizisten wie paralysiert, da sie Angst hatten muslimische Frauen zu berühren und somit den Konflikt weiter anzuheizen.

zugehen. Im Bereich der Rechtsprechung wurde vorgeschlagen, in Teilbereichen das islamische Gesetz der Schari'a anzuwenden. Außerdem sollte der im Süden gesprochene malaiische Dialekt (Jawi) zur Amtssprache erhoben werden. Einige Empfehlungen wurden von der Übergangsregierung aufgenommen, andere wurden von einflussreichen Kreisen als nicht akzeptabel abgelehnt. Kritik an den Empfehlungen der NRC gab es von verschiedenen Seiten. Der technische Direktor der Kommission und Hauptautor des Berichtes, Professor Chaiwat Satha-anand fasst diese Kritik in vier Punkten zusammen:

1. Die Empfehlungen zur Lösung gehen nicht weit genug.
2. Die Empfehlungen zur Lösung des Konfliktes in dem Bericht gehen zu weit.
3. Der Bericht bevorzugt einseitig die muslimische Bevölkerung im Süden.
4. Der Bericht geht nicht auf die separatistischen Akteure ein.

Ein Gesprächspartner merkt in diesem Zusammenhang an: „Die Empfehlungen der NRC sind eine gute Medizin, aber eine sehr schwache. Wir brauchen aber eine starke Medizin“. Insbesondere kritisieren viele Gesprächspartner, dass der Bericht das Thema „Autonomie“ aus politischen Gründen ausgeklammert hat. Eine weitreichende Selbstverwaltung wie sie es bereits in den Städten Bangkok und Pattaya gibt, könnte jedoch, so viele Analysten, ein wichtiges Element zur Beilegung des Konfliktes sein. Das Ziel der Aufständischen – wenn nicht die ultimative Forderung nach Unabhängigkeit – dürfte jedoch eine Lösung nach dem Modell in Aceh oder zumindest eine autonome Region innerhalb des Landes mit der Option auf spätere Unabhängigkeit sein. Es ist fraglich, wann sich bei einer thailändischen Regierung die Erkenntnis durchsetzt, dass es nur eine Verhandlungslösung geben kann und dass nur eine Form von Autonomie oder Selbstbestimmung für die Region langfristig Frieden bringen kann. Aber ein solcher Tabubruch ist auch unter dem Interimspremier Surayud kaum zu erwarten – zu sehr ruft dies die einflussreichen nationalistischen Kreise im Land auf den Plan, die weitreichende Zugeständnisse an die Rebellen kategorisch ablehnen.

6. Akteure: Konfliktpyramide Südthailand



Die Konfliktpyramide nach dem Modell von Paul Lederach gibt einen Überblick über die wesentlichen Akteure in dem Konflikt. Die hier entwickelte Konfliktpyramide versteht sich als eine Diskussionsgrundlage. Sie reflektiert bereits die neuen Strukturen nach dem Militärputsch, u. a. den *Council for National Security* (CNS) und den *Internal Security Operation Command* (ISOC) – beide unter Führung von General Sonthi.²³ Inwieweit sich die Struktur nach den erwarteten Wahlen wieder ändert, bleibt abzuwarten.

Die Unterscheidung in Konflikt- und Friedensakteure gibt dabei nur eine generelle Tendenz wieder: Auch in der Armee oder in der Polizei gibt es durchaus Personen, die sich aktiv für Frieden und Wahrung der Menschenrechte einsetzen. Die Pyramide ist eine Methode, Konflikte zu analysie-

ren, die sich auf verschiedenen Ebenen abspielen. In der Regel wird zwischen drei Einflussebenen unterschieden. Es können aber auch mehr Ebenen sein. Die Konfliktpyramide kann auch Hilfestellung bei der Analyse von Aktivitäten und Maßnahmen geben, um festzustellen auf welchen Ebenen Entwicklungsorganisationen und politische Stiftungen ansetzen und wie ggf. andere Ebenen in die Friedensarbeit einbezogen werden können.

6.1 Militante Gruppen

Von verschiedenen Experten werden derzeit vier Organisationen als aktiv bezeichnet. Dennoch weiß man über Führung und Struktur der Aufständischen nur sehr wenig. Man geht von mehreren, lokal handelnden Zellen aus. Die thailändischen Behörden stufen die *Barisan Revolusi Nasional-Koordinasi* (BRN-C) als aktivste Terror-

²³ Das ISOC wurde nach dem Coup d’Etat umstrukturiert und zu einer Art „Regierung in der Regierung“ gemacht. Manche Beobachter vergleichen ISOC mit dem us-amerikanischen *Department for Homeland Security*.

gruppe ein.²⁴ Sie wird hinter zahlreichen Anschlägen vermutet. Dies wird auch von verschiedenen unabhängigen Terrorismusexperten und der *International Crisis Group* so gesehen. Zur BRN wird auch ihre Jugendorganisation *Pemuda* gezählt. Diese wird von der BRN-C gesteuert und gilt als ihr operativer Arm. In gleichem Zusammenhang muss die *Runda Kumpulan Kecil* (RKK) genannt werden. Dies ist keine eigenständige Gruppierung, sondern der Name weist in erster Linie darauf hin, dass diese BRN-C Mitglieder in Indonesien trainiert wurden. Auch die RKK gilt als ein operativer Arm der BRN-C. Ihre Zahl wird auf mindestens 500 Mitglieder geschätzt.

Weitere Terrororganisationen sind *Gerakan Mujahidin Islam Patani* (GMIP), *Bersatu* und *New PULO*. Welche dieser Gruppen in welchem Ausmaß hinter den Anschlägen steckt, ist bis heute unklar. Keine der Organisationen hat seit sich seit 2004 glaubhaft für gewalttätige Aktionen verantwortlich gezeigt.²⁵ Auch lassen sich mancher Anschlag oder Brandstiftung auf rein kriminelle Aktivitäten zurückführen. Nach Ansicht von Analysten agieren die Aufständischen heute vor allem in unabhängigen Zellen. Ein Gesprächspartner schätzt, dass es in 60-70% aller Dörfer militante Zellen gibt. Die Sicherheitskräfte gehen davon aus, dass die Rebellen inzwischen mehrere Hundert Dörfer in der Region kontrollieren. Terrorzellen finden sich mittlerweile auch in den Provinzhauptstädten. Diese Zellen tauchen ab und zu auf um koordinierte und parallel stattfindende Anschläge zu verüben. Der Terrorismusexperte Zachary Abuza kommt zu dem Schluss, dass die Führungsriege der o. g. Organisationen nur einen geringen Einfluss auf die einzelnen Widerstandszellen haben. Was heißt dies für mögliche Verhandlungen? Es ist nicht klar, ob es wirklich Gesprächspartner für Friedensverhandlungen gibt, die die notwendige Autorität mitbringen, beispielsweise eine Feuerpause anzuordnen – eine Bedingung, die die thailändische Regierung mehrfach als Vorbedingung für Gespräche gefordert hat. Die operativen Anführer des Aufstands scheinen den thailändischen Behörden nicht wirklich bekannt zu sein. Zudem

herrscht in der Region ein Klima der Angst. Immer wieder werden Muslime Opfer der Gewalt – in manchen Fällen wurden diese Personen offensichtlich als Informanten der Regierung eingestuft.

Diejenigen, die bisher Gesprächsbereitschaft angekündigt haben, sind vor allem die im ausländischen Exil lebenden Führer. Ihr Einfluss auf die Terroraktionen in der Region wird als gering eingestuft. Dies ist ein großer Unterschied zur Struktur der separatistischen Bewegungen der 80er und 90er Jahre, die relativ straff organisiert waren und einen Dialogprozess mit dem Staatsapparat ermöglichten.

6.2 Regierung

Die politische Landschaft hat mit dem Coup d'Etat ein radikalen Wechsel erfahren. Vor dem Putsch war die Frage, wer die Regierung ist, nur schwierig zu beantworten gewesen. Die Regierung Thaksin war seit Monaten nur noch eine Übergangsregierung, nachdem das Verfassungsgericht die Wahlen von April 2006 für ungültig erklärt hatte.

Seit dem 19. September besteht die thailändische Staatsführung aus der Übergangsregierung von Surayud und dem Rat für nationale Sicherheit (CNS). Der Putsch eröffnete die Gelegenheit für eine neue Politik zum Süden. Im Gegensatz zur Regierung Thaksin erkennen die neuen Machthaber die Dimension des Problems an und haben wie unter Punkt 5.1 beschrieben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den Konflikt in den Griff zu bekommen. In den Monaten nach dem Putsch ist die neue Regierung immer mehr in die Kritik geraten. Ihr wird eine inkonsistente, wenn nicht gar konfuse Politik vorgeworfen, und stetig wächst die Zahl der KritikerInnen. Im Februar 2007 sank die Zustimmungsrates für die Regierung von 70.5% im September auf 48.2%. Positive Veränderungen sind im Vergleich zum Ausmaß der Gewalt bisher ausgeblieben. Für manche Beobachter macht Surayuds Südpolitik immer noch den Eindruck von einem hektischen Aktionismus. Immer häufiger reisen führende Regierungsmitglieder in den Süden. Es werden Sonderbudgets aufgelegt und neue Maßnahmen angekündigt, die oft von den lokalen Strukturen auf Provinz- und

²⁴ BRN = dt. Nationale Revolutionäre Front

²⁵ Eine mögliche Erklärung für dieses Verhalten könnte sein, dass die einzelnen Gruppierungen fürchten, weltweit als terroristische Organisation bezeichnet zu werden.

Distriktebene schlecht umgesetzt werden. Zudem kommt es vermehrt zu Divergenzen zwischen Sonthi und Surayud.

Wenn die angekündigten Wahlen Ende 2007 ohne größere Probleme über die Bühne gehen sollten, dann stellt sich erneut die Frage, welchen Kurs eine neue Regierung einschlagen wird.

6.3 Thailändische Zivilgesellschaft

Es ist hier zu unterscheiden zwischen Organisationen und Initiativen in den Grenzprovinzen und den etablierten thailändischen Nichtregierungsorganisationen und Netzwerken, insbesondere in Bangkok. Viele nationale thailändische NRO außerhalb der Region haben erst in den letzten Jahren begonnen, Aktivitäten in den Grenzprovinzen durchzuführen. Vor allem Organisationen zum Thema Menschen- und Bürgerrechte oder eher akademisch arbeitende Institute und Think Tanks beschäftigen sich mit dem Konflikt. Einige VertreterInnen der Zivilgesellschaft haben im Gespräch selbstkritisch angemerkt, dass sie den Konflikt lange ignoriert haben. Seit 2006 finden vermehrt Diskussionsveranstaltungen statt, die oft auf einer sehr akademischen Ebene ablaufen. Think Tanks wie das King Prajadhipok Institute oder das Mahidol University Research Centre on Peace Building (MRP) organisieren Veranstaltungen, um verschiedene Aspekte des Konfliktes zu beleuchten. Vor Ort sind die urbanen NRO kaum mit großen Aktivitäten und Maßnahmen anzutreffen. Es gibt aber eine Vielzahl von *Community-based organisations* (CBO) und anderen lokalen Initiativen. Ihre Kapazität, den Konflikt systematisch und umfassend zu bearbeiten, ist jedoch gering. Viele Initiativen werden von Einzelpersonen oder kleinen Gruppen getragen. Hier ist es wichtig, dass Verbindungen zwischen den urbanen NRO und den Initiativen in den Grenzprovinzen hergestellt werden. Außerdem lässt sich ein großer Bedarf an systematisch aufbereiteter Information feststellen, wer sich in welcher Weise zum Konflikt engagiert.

6.4 Internationale Akteure

Die Rolle internationaler Akteure ist bisher begrenzt. Die Regierung Thaksin hatte stets deutlich gemacht, dass sie ein Engagement internationaler

Organisationen in den Unruheprovinzen nicht wünscht. Somit gab es bisher nur wenig nennenswerte Aktivitäten externer Organisationen. Ob sich dies mit der Übergangsregierung geändert hat, ist unklar. Zudem gibt es eine Planungsunsicherheit, da Ende 2007 voraussichtlich eine neue Regierung in Thailand gewählt wird und es nicht vorhersehbar ist, welchen politischen Kurs sie einschlagen wird. Auch wurde Thailand unter der Regierung Thaksin vom Westen mit Samthandschuhen angefasst. Thaksin hatte sich den Vereinigten Staaten als treuer Verbündeter im Kampf gegen den Terror gezeigt und damit auch Kritik aus westlichen Staaten an seiner Südpolitik verringert. Die Vereinten Nationen haben nach dem bisherigen Kenntnisstand keine exklusiven Programme für den Süden des Landes. Aktivitäten werden nur im Rahmen landesweiter oder regionaler Programmlinien durchgeführt. Bilaterale Entwicklungsprogramme, die zur Lösung des Konfliktes beitragen, sind auch nicht bekannt. Eine Anzahl internationaler Nichtregierungsorganisationen ist vor allem im Bereich Menschenrechte aktiv. In erster Linie unterstützen sie thailändische Menschenrechtsorganisationen und erstellen eigene Analysen und Berichte. Dazu gehören *Amnesty International*, *Human Rights Watch*, *International Crisis Group* und die *International Commission for Jurists* (siehe auch Punkt 3.2). Des Weiteren ist vor allem die US-amerikanische *Asia Foundation* zu nennen, die in Bezug zum Konflikt seit Jahren diverse Maßnahmen durchführt.²⁶ Von den deutschen politischen Stiftungen unterstützen in größerem Maß zwei Organisationen Maßnahmen mit Bezug zum Süden: die Konrad Adenauer Stiftung (KAS) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Die Adenauer-Stiftung hat im Jahre 2006 mehrere Veranstaltungen mit hochkarätigen Wissenschaftlern und Experten in Bangkok durchgeführt, u. a. eine große zweitägige Konferenz mit dem Titel: „Understanding Conflict and Approaching Peace in Southern Thailand“. Die FES hat 2006 den Konflikt im Süden zu einem ihrer Schwerpunktthemen gemacht. Die Maßnahmen sollten dazu beitragen, dass Kräfte, die für einen friedlichen Konfliktlösungsansatz eintreten, gestärkt werden. In diesem

²⁶ Für eine Übersicht siehe u. a. die Homepage der Asia Foundation in Thailand:
http://www.asiafoundation.org/Locations/thailand_projects.html

Rahmen hat die FES eine Studie zur Situation der Frauen in der Konfliktregion in Auftrag gegeben sowie verschiedene Ausbildungsmaßnahmen und Dialogveranstaltungen mit ausgewählten Zielgruppen durchgeführt. Auch die vorliegende Konfliktanalyse ist Teil der Aktivitäten der FES zum Schwerpunktthema. Weitere internationale Akteure sind in vielen muslimischen Ländern zu finden. In den letzten Jahren sind Millionen Euro aus islamischen Ländern in karitative Maßnahmen, vor allem in den Bau von (islamischen) Schulen und Moscheen geflossen.²⁷ Das Interesse an einem Engagement der Vereinigten Staaten und Großbritanniens in der Region ist gering. Ein Engagement der US-Regierung mit Militärberatern wie zum Beispiel auf den Philippinen (in der Konfliktregion Mindanao) könnte den Konflikt weiter anheizen.

²⁷ Eine Übersicht scheint es nach bisherigem Kenntnisstand nicht zu geben.

7. Diskussion möglicher Szenarien

7. Diskussion möglicher Szenarien

Im folgenden Abschnitt soll auf mögliche Szenarien in der weiteren Entwicklung des Konfliktes bzw. auf die Chancen zur Lösung des Konfliktes eingegangen werden. Eine Einschätzung der weiteren Entwicklung erweist sich als sehr schwierig. Zu sehr hängt eine Lösung des Konfliktes im Süden von der politischen Entwicklung in Bangkok ab. Diese ist derzeit sehr undurchsichtig. Kommentatoren sehen die Lösung des Konfliktes im

Süden als zentrales Thema für jede Regierung. Die meisten Beobachter gehen davon aus, dass der andauernde Zustand von Unsicherheit und potentieller Eskalation der Gewalt in den Grenzprovinzen vermutlich noch Jahre andauern wird. Mit dem Abgang vom System Thaksin verbinden einige Informanten große Hoffnungen auf eine Entspannung in der Region.

Aus den geführten Interviews in Bangkok und Südthailand lassen sich drei Szenarien entwerfen.

Szenario	Charakteristika	Mögliche Indikatoren
Eskalation des Konfliktes (worst case scenario)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zunahme von Terroranschlägen in Häufigkeit und Intensität auch außerhalb der drei Grenzprovinzen ▪ Keine Implementierung wesentlicher Kernforderungen des NRC-Berichts ▪ Weitere Militarisierung der Gesellschaft ▪ Vertreibungen und bürgerkriegsähnliche Zustände in der Region 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weitere Entsendung von Militär und Polizei ▪ Zunahme von Menschenrechtsverletzungen ▪ Steigende Gewalt oder Vorfälle entlang ethnisch-religiöser Linien ▪ Bewaffnung von Lehrern und paramilitärischen Gruppen (village volunteers)
Fortgesetzte Unsicherheit (realistic scenario)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fortsetzung der Gewalt ▪ Neue Regierung beginnt Implementierung verschiedener NRC-Vorschläge ▪ Weitere Entfremdung zwischen Muslimen im Süden und Buddhisten in der Region und im ganzen Land 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gespräche mit separatistischen Gruppierungen ohne umfassende Friedensverhandlungen ▪ Implementierung oft halbherzig oder nicht effektiv
Transition zu einer friedlichen bzw. politischen Lösung des Konfliktes (best case scenario)	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Neue Regierung macht friedliche Lösung im Süden zur politischen Priorität und spricht offen über mehr Autonomie oder Selbstverwaltung im Süden ▪ Die Sicherheitslage stabilisiert sich ▪ (Effektive) Umsetzung von Kernforderungen des NRC-Berichts 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Demilitarisierung der Region ▪ Aufhebung des Notstandsdekrets ▪ Konkrete Schritte zur Selbstverwaltung ▪ Beginn eines umfassenden Dialoges mit separatistischen Gruppen ▪ Konstruktive Berichterstattung in der Presse

7.1 Worst Case-Szenario

Das negativste Szenario wäre, wenn die Gewalt sowohl in ihrer Häufigkeit als auch in ihrer Intensität weiter zunehmen würde. Anstatt auf Dialog und gewaltlose Konfliktlösungsmechanismen zu setzen, wird die Regierung weiterhin versuchen, mit dem Einsatz von Armee und Polizei die Lage in den Griff zu bekommen. Das Notstandsgesetz wird alle drei Monate verlängert. Die muslimische und buddhistische Bevölkerung in den Grenzprovinzen wird sich weiter auseinander leben und es kommt zu Konflikten innerhalb der lokalen Bevölkerung entlang ethnischer Linien.

Dabei soll hier in drei Eskalationsstufen unterschieden werden:

Erste Eskalationsstufe: Die Anschläge auf Einrichtungen und Mitarbeiter des Staates werden weiter zunehmen. Die Ereignisse in den letzten Monaten haben bereits gezeigt, dass die so genannten *Hit and Run*-Attacks immer ausgefeilter werden. Es ist jedoch in den nächsten Jahren nicht davon auszugehen, dass es einen breit angelegten Aufstand geben wird; dazu fehlt es den militanten Gruppierungen einfach an Struktur, Materialien und Ausbildung. Wie der Terrorismusexperte Zachary Abuza in einem Vortrag im Club der Auslandskorrespondenten in Bangkok Anfang 2006 anmerkt, ist die thailändische Armee auf ein solches Szenario am besten vorbereitet. Dagegen zeigen sich Polizei und Armee nicht in der Lage, die Guerillaattacken vollständig zu stoppen.

Zweite Eskalationsstufe: Es wird terroristische Anschläge auf Ziele außerhalb der drei südlichen Provinzen geben. Dieser Fall gilt als ein Horror-szenario für die thailändische Regierung. Diese Anschläge würden vor allem in den touristischen Zentren, der Ferieninsel Phuket oder der Hauptstadt Bangkok erwartet. Dies würde sicherlich erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf die thailändische Tourismusindustrie haben, die mit über 10 Mrd. Euro der wichtigste Devisenbringer des Landes ist.²⁸ Einige ausländische Beobachter zeigen sich erstaunt, dass es noch nicht zu einem solchen Anschlag gekommen ist. Ausnahme waren die Anschläge auf Hotels und Einkaufszentren vom 3. April 2005 und 16. September in Hat

Yai sowie diverse Vorfälle in zwei Distrikten der Provinz Songkhla. Auch gab es mehrere Terrorwarnungen für Bangkok, die verschärfte Sicherheitskontrollen bei beliebten Bangkok Kaufhäusern zur Folge hatten. Wie bereits unter Punkt 2 berichtet ist jedoch weiterhin ungeklärt, inwieweit die Anschläge am Silvesterabend 2006 separatistischen Kreisen zuzuschreiben sind.

Dritte Eskalationsstufe: Der Konflikt radikalisiert sich durch Einfluss und Unterstützung ausländischer Terroristengruppen. Eine solche Entwicklung wird besonders von verschiedenen ausländischen Think Tanks genährt. Als „Beweise“ werden u. a. die Verhaftung des Operationschefs der Jeemah Islamiyah (JI) in Ayutthaya am 11. August 2003 und der Fund von Dokumenten mit dem Titel *Berjihad di Patani* (Der Kampf für die Befreiung Pattanis) nach dem Krue Se Angriff im April 2004 angeführt. Bei einem nüchternen Blick auf die Sachlage lassen sich bisher nur wenige Verbindungen zwischen al-Qaida, der indonesischen Jeemah Islamiyah oder anderen ausländischen Terrorgruppen mit den separatistischen Gruppen ausmachen. Gegen solche Allianzen spricht auch, dass sich kaum eine Organisation für die Anschläge als Urheber bekennt. Dies steht im krassen Widerspruch zu den oft medienwirksamen Bekenner-schreiben und Videos bei Anschlägen in anderen Ländern. Zu demselben Schluss kommen zumindest offiziell übrigens auch die US-amerikanischen Behörden. Der 2006 veröffentlichte *Country Report on Terrorism* des *Office of the Coordinator for Counterterrorism of the US State Department* schreibt, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen aufständischen Gruppen und internationalen Terroristenorganisationen gebe. Kontakte zwischen indonesischen und anderen muslimischen Terrorgruppen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht über die muslimisch-malaiische Gastfreundschaft hinausgegangen.

7.2 Realistisches Szenario

Das realistischste Szenario ist, dass die Südprovinzen weiterhin von täglicher Gewalt heimgesucht werden. Die Übergangsregierung unter Premier Surayud versucht, einige Empfehlungen der Nationalen Versöhnungskommission (NRC) umzusetzen. Die meisten von ihnen dürften je-

²⁸ Vgl. Bangkok Post Economic Review Year End 2005, S. 48.

doch von den durchführenden Organisationen nur halbherzig, wenig partizipativ oder mit wenig Orientierung auf Wirkung umgesetzt werden. Die Gewalttätigkeiten werden in den nächsten Monaten und Jahren kaum abnehmen und weiterhin werden Lehrerinnen und Lehrer, Mönche und Personen im Staatsdienst – Muslime wie Buddhisten – Opfer von Anschlägen. Gesprächsangebote von Seiten der Regierung werden von einzelnen radikalen Gruppierungen mit einer Intensivierung von Anschlägen beantwortet.

7.3 Best Case-Szenario

Die politische Führung akzeptiert die kulturellen Besonderheiten der Region und leitet einen umfassenden Politikwechsel ein, der von der Bevölkerung im Süden als solcher auch wahrgenommen wird. Grundlage der Diskussion werden unter anderem der Bericht der Nationalen Versöhnungskommission und andere Vorschläge aus staatlich geförderten Diskussionsfora sein. Ergebnisoffene Gespräche mit militanten Gruppen (PULO, Bersatu, BRN-C und GMIP) werden geführt, ohne dass die Integrität des Landes in Frage gestellt wird. Die Regierung stellt keine weiteren Vorbedingungen für Gespräche außer einer Einstellung der Anschläge (oder zumindest eine signifikante Reduzierung). Die Aufständischen akzeptieren dagegen, dass es keinen unabhängigen Staat Patani geben wird. Die Regierung beginnt zudem mit einer Demilitarisierung der Region und hebt das Notstandsdekret auf. Signifikante Verbesserungen zur Rechtssituation lassen sich beobachten. Die Übergangsregierung oder ihre demokratisch gewählte Nachfolgerregierung wird konkrete Schritte zu mehr Selbstverwaltung in der Region einleiten. Der lokale malaiische Dialekt wird Arbeitssprache und die Regierung beginnt, effektive Maßnahmen zur praktischen Umsetzung dieser neuen Zweisprachigkeit.

8. Empfehlungen

Die hier gemachten Vorschläge beziehen sich in erster Linie - aber nicht ausschließlich - auf die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Es werden aber auch Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, die relevant für andere politische Stiftungen und andere Entwicklungsorganisationen sein dürften. Die FES kann ihre Kontakte zu Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nutzen, um den politischen Dialog zu fördern. Ihre Programme zur Förderung von demokratischen Prozessen, der Zivilgesellschaft und *good governance* können dazu beitragen, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, um Konflikte zu verhindern bzw. zu entschärfen. Dabei geht es idealtypisch um die Wahl, „in“, „on“ oder „around conflict“ zu arbeiten. Mit anderen Worten: Es geht darum, entweder die Verhütung oder Eindämmung von Krisen zum unmittelbaren Gegenstand der Strategie zu machen (in conflict); oder, im Wissen um den Zusammenhang zwischen Kooperationsprogrammen und Konfliktpotentialen die Risiken von Maßnahmen zu minimieren zu versuchen (on conflict); oder, Maßnahmen gegenüber negativen Effekten von Konflikten zu immunisieren zu versuchen (around conflict). Die Auswahl der sektoralen Prioritäten findet vor dem Hintergrund spezifischer Rahmenbedingungen in Thailand statt, die hier kurz erläutert werden sollen.

8.1 Rahmenbedingungen

(1) Thailand versteht sich zunehmend als Geber statt als Empfänger für Entwicklungshilfe. Die Schaffung der ans Außenministerium angegliederten *Thailand International Development Cooperation Agency* im Jahre 2004 - in Fachkreisen besser bekannt unter ihrer Kurzform TICA - belegt diese Entwicklung. Diese Einschätzung wird von vielen Organisationen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und von internationalen Nichtregierungsorganisationen geteilt. Konsequenz ist, dass viele Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit ihr Portfolio in den letzten Jahren gestrafft haben oder in dem Prozess sind, ihre Zusammenarbeit mit Thailand als Partner einzustellen. Umso mehr bearbeiten Organisationen wie

die FES Bereiche, die in anderen Ländern auch von großen bilateralen oder internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit bearbeitet werden.

(2) Angesichts der besonderen Situation in den drei Grenzprovinzen sieht die thailändische Regierung ein Engagement von internationalen Nichtregierungsorganisationen sehr kritisch. Die Regierung befürchtet eine Internationalisierung des Konfliktes. Zudem steht Thailand in der Kritik aufgrund von Menschenrechtsverletzungen im Süden. Manche Aktivitäten politischer Stiftungen sollten bzw. können nur mit Kenntnis bzw. Erlaubnis von TICA durchgeführt werden.

(3) Die aktuelle Sicherheitslage erfordert, dass bestimmte Veranstaltungen nur außerhalb der Unruheprovinzen stattfinden sollten. Seit Mitte 2006 hat die Häufigkeit und Intensität von Anschlägen weiter zugenommen. Um auch Partner, Teilnehmer oder Mitarbeiter nicht zu gefährden, sollten bei Veranstaltungen und Aktivitäten das Risiko für die Teilnehmer abgeschätzt und alle Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden. Vor allem angesichts der unter Punkt 1-3 beschriebenen Rahmenbedingungen gibt es nur wenige internationale Organisationen, die derzeit Aktivitäten im Süden durchführen.²⁹

(4) Im Juni 2006 wurden die Empfehlungen der Nationalen Versöhnungskommission (NRC) vorgelegt. Schwerpunktsetzungen und Programmplanungen gesellschaftspolitischer Organisationen sollten die Empfehlungen der Kommission auf Anknüpfungspunkte überprüfen.

(5) Thailand ist ein Partnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Der Schwerpunkt liegt auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Öko-Effizienz von Klein- und Mittelunternehmen. Im Rahmen der „Ankerlanddiskussion“ befindet sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

²⁹ Im Rahmen des Wiederaufbaus nach dem Tsunami vom 26. Dezember 2004 ist aber das Interesse an einem Engagement bzw. ihre Fortführung vor allem bei einigen internationalen Nichtregierungsorganisationen in Thailand insgesamt wieder gewachsen.

mit Thailand in einer Umbruchphase.³⁰ Sie wird in den nächsten Jahren auslaufen. Damit bieten sich nur wenige Anknüpfungspunkte zwischen den gesellschaftspolitischen Organisationen und den Durchführungsorganisationen der bilateralen Zusammenarbeit. Die deutschen Stiftungen (FES, KAS, HSS, FNS und HBS) sind dagegen weiterhin aktiv, auch wenn der Anteil von Projekten mit regionalem Bezug (u. a. im Rahmen des ASEAN-Integrationsprozesses) stetig zunimmt.

Nicht weiter diskutiert wird hier die erforderliche Mittelausstattung auf Seiten der Geber bzw. Durchführungsorganisationen. Das Konzept des *Gender Mainstreaming* und der systematischen Frauenförderung sollte bei allen vorgeschlagenen Maßnahmen berücksichtigt werden.

8.2 Kriterien

In Anlehnung an andere Konfliktanalysen der FES sollen hier folgende Kriterien für die Empfehlungen herangezogen werden:

- (1) Relevanz: Welche Sektoren bzw. Aktivitäten leisten einen effektiven Beitrag zur konstruktiven Bearbeitung des Konfliktes in den drei Grenzprovinzen?
- (2) Positive Wirkungshypothese: In welchen Sektoren lässt sich ein signifikanter Beitrag leisten?
- (3) Kohärenz: In welchen Sektoren hat die FES, aber auch andere gesellschaftspolitische Organisationen, komparative Vorteile, um – wenn möglich – messbare Beiträge zur Friedensförderung bzw. Konfliktprävention zu leisten?
- (4) Objektiver und subjektiver Bedarf – hier wurden vor allem die durchgeführten Interviews ausgewertet und die vorgeschlagenen Maßnahmen

der Nationalen Versöhnungskommission berücksichtigt.

- (5) Partnerwahl: Es sollten ein breites Spektrum und große Flexibilität in der Partnerwahl angestrebt werden.

8.3 Empfehlungen

Auf Grundlage der oben genannten Kriterien und nach Auswertung aller Interviews werden Programme und Aktivitäten in folgenden Sektoren empfohlen:

8.3.1 Förderung des gesellschaftlichen Dialogs

Relevanz

In der innenpolitischen Krise Thailands ist eine breite, gesellschaftliche Diskussion zu den Empfehlungen der NRC bisher ausgeblieben. Eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung im August 2006 in Hat Yai hat den großen Diskussionsbedarf über den NRC-Bericht bestätigt. Sicher ist, dass die Lösung des Konflikts im Süden eines der zentralen innenpolitischen Themen in den nächsten Jahren sein wird. In diesem Bereich kann die FES auch weiterhin mit Hilfe ihrer Partner-Netzwerke sowohl Diskussionsplattformen innerhalb verschiedener Zielgruppen (z. B. religiöse Führer, Frauengruppen, Studierende, Medien etc.) initiieren oder Runde Tische bzw. *multi-stakeholder* Prozesse organisieren. Ein wichtiger komparativer Vorteil der FES zu vielen anderen Organisationen ist, dass sie in dem Konflikt als neutrale Instanz von allen Beteiligten wahrgenommen werden dürfte. In solchen Diskussionsplattformen sollte es vorrangig darum gehen, Lösungsansätze zur Beendigung des Konfliktes zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Hier sollten vor allem die zivilen Akteure (*change agents*) involviert werden, die für eine zivile Konfliktbearbeitung und Konflikttransformation relevant sind. Je nach Zielgruppe bzw. der Teilnehmer in Dialogveranstaltungen kann es darum gehen, unterschiedliche Positionen und Einstellungen kennen zu lernen, Gemeinsamkeiten zu identifizieren oder gemeinsame Problemlösungen zu entwickeln und wenn möglich umzusetzen. Neben dem Bedarf einer allgemeinen Diskussion des Berichts und dem inhärenten Ansatz

³⁰ Ankerländer werden über ihre wirtschaftliche Größe in Relation zu der Region, in der sie liegen, charakterisiert. In der internationalen Zusammenarbeit soll die Kraft und Bedeutung der Ankerländer genutzt werden, um positive Effekte auf die sie umgebenden Regionen auszustrahlen. Ihre „Lokomotivfunktion“ soll helfen, in den umliegenden Regionen nachhaltig Armut zu bekämpfen. Dabei soll die Kooperation weniger in Form finanzieller Beihilfen, sondern stattdessen in gezielten strategischen Partnerschaften stattfinden. Vgl. Ankerländer – Partner für globale Entwicklung, Ein Positionspapier des BMZ, Dezember 2004.

ziviler Konfliktbearbeitung wurde von Gesprächspartnern betont, dass bestimmte Themenbereiche noch nicht oder unzureichend diskutiert wurden. Hier können die Stiftungen mit ihren internationalen Netzwerken Erfahrungen und *Lessons learnt* aus anderen Ländern einfließen lassen.³¹ Insbesondere das Thema Sprache wurde immer wieder von Interviewpartnern als wichtig genannt. Wichtige Inhalte einer solchen Diskussion könnte nicht nur die Frage sein, Malaiisch/Jawi als Arbeitssprache zuzulassen – eine Empfehlung des NRC-Berichtes – sondern auch Strategien für eine praktische Umsetzung eines solchen Schrittes zu erarbeiten. Auch das Thema Zweisprachigkeit in öffentlichen Schulen ist unzureichend bearbeitet. Es fehlt zudem weiterhin an qualitativ hochwertigen Curricula für die öffentlichen Schulen.

Ein weiteres Thema ist die Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung für die Regionen im Süden. Die FES könnte mit starken Partnern Veranstaltungen initiieren, wo insbesondere ausländische Erfahrungen vorgestellt werden und ihre Relevanz für Thailand diskutiert wird. Länder, die in diesem Zusammenhang genannt wurden, waren u. a. Spanien mit seinen autonomen Regionen (Katalonien, Baskenland, Galizien), Sri Lanka, die Schweiz und Irland. Bei diesem Themenkomplex muss berücksichtigt werden, dass die Diskussion über Autonomie in Thailand bisher ein Reiz- und Tabuthema darstellt. Hier muss die FES große Sorgfalt bei der Zusammenarbeit mit Partnern walten lassen. Idealerweise wäre eine Zusammenarbeit mit Vertretern aus Politik und Verwaltung angemessen.

Weitere Themen, in denen die FES und andere gesellschaftspolitische Organisationen den gesellschaftspolitischen Dialog initiieren oder unterstützen können sind die Rolle von unbewaffneten Friedensbrigaden (*Shantisena*) – auch dies eine Empfehlung des NRC-Berichtes – sowie die Rolle der Medien (siehe Punkt 8.3.2).

³¹ So hat beispielsweise die *Asia Foundation* eine Veranstaltung mit einem Imam aus den USA organisiert, der über das Gefühl der us-amerikanischen Muslime nach 9/11 gesprochen hatte.

Ansätze

- Organisation von Seminaren und Runden Tischen mit Teilnahme von Vertretern aus Politik, Verwaltung, Polizei, Militär, Medien, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft inklusive religiöser Führer.
- Anstoß oder Vertiefung öffentlicher Diskussion von konfliktrelevanten Themen durch Abhaltung von Seminaren und Konferenzen wie z. B. zur Sprachpolitik mit internationalen Akteuren (z. B. Diskussion von Erfahrungen anderer Länder).

Hinweise

- Bei einem Engagement sollte ein **langfristiger Ansatz** gewählt werden, um den Dialog zwischen den oft polarisierten gesellschaftlichen Akteuren zu fördern, Misstrauen abzubauen und Kooperationen und Vernetzungen zu stärken.
- Die **Auswahl von lokalen Kooperationspartnern** muss sehr sorgfältig geplant werden, um nicht den Eindruck von Bevorzugung einer Ansicht oder Gruppe zu vermitteln.
- Es lässt sich in vielen Veranstaltungen zum Süden eine „methodische Armut“ feststellen. Oft kommt es zu keinem wirklichen Dialog, sondern zu einem reinen Austausch von Positionen. Als zusätzliches Lernziel von Veranstaltungen zu bestimmten Themen wäre die Vermittlung von (kulturell angepassten) Methoden zur besseren Kommunikation notwendig.

8.3.2 Förderung der objektiven Berichterstattung von Medien

Relevanz

Viele Gesprächspartner sehen die staatseigenen Medien (Printmedien, Fernsehen und Radio) als einen zentralen Akteur in dem Konflikt. Die Rolle der Medien ist insgesamt als konfliktverschärfend zu bewerten. Nur wenige Sender und Zeitungen vermitteln ein differenziertes Bild des Konflikts. Viele Berichte fördern Vorurteile und Emotionen zwischen den buddhistischen Thais und den

Muslimen in den Grenzregionen. Es gibt in erster Linie Berichte über die tägliche Gewalt im Süden. Informationsquellen sind oft die Sicherheitsbehörden selbst. Dagegen sind Hintergrundberichte und Analysen in den Massenmedien selten. Manche Kritiker werfen den Medien vor, den Konflikt auf ein einfaches „die“ gegen „uns“ zu reduzieren. Es wird zudem bemängelt, dass nur wenige Stimmen aus dem Süden zu Wort kommen und stattdessen Kommentare von Akademikern und Politikern aus Bangkok veröffentlicht werden. Eine Ausnahme scheint das von der *Thai Journalist Association* (TJA) eingerichtete *Issara News Centre* zu sein, welches versucht, Analysen und zuverlässige Informationen den thailändischen Medien zur Verfügung zu stellen. Hier sei angemerkt, dass die TJA ein Partner der FES ist.

Ansätze

- Weiterbildung und Qualifikationsmaßnahmen für thailändische Journalisten, z. B. bei konfliktsensibler Berichterstattung oder Wahrung professioneller Standards. In den Veranstaltungen sollte die Rolle der Medien zur friedlichen Konfliktbewältigung thematisiert werden.
- Organisation von Dialogforen zu Lösungsstrategien mit Medienvertretern. Die Zielgruppe sollte dabei über Mitglieder der *Thai Journalist Association* hinausgehen.
- Unterstützung beim Aufbau bzw. der Verbesserung der Qualität von unabhängigen Gemeinderadios (*Community Radios*) in Südthailand.
- Eine Diskussionsveranstaltung mit dem Arbeitstitel: „Die Rolle der Medien bei der Lösung des Konfliktes“ in Südthailand.

Hinweis

- Insgesamt ist das Thema Medienreform ein politisch sehr aktuelles Thema in Thailand. Die FES arbeitet seit mehreren Jahren in diesem Bereich.

8.3.3 Förderung von Rechtssicherheit

Relevanz

Rechtsstaatlichkeit ist eine zentrale Rahmenbedingung, eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung dafür, den Rückgriff auf Gewalt zu vermeiden. Unter Rechtsstaatlichkeit ist hier u. a. die Bindung des Regierungshandelns an Recht und Gesetz, eine unabhängige Justiz, der Zugang der Bürger zur Justiz und ihre Gleichbehandlung vor Gerichten gemeint. Die Rechtsituation in Südthailand ist aufgrund der Notstandsgesetzgebung sehr kritisch. Menschenrechte werden in den Grenzprovinzen nach Angaben verschiedener Organisationen in erheblichem Ausmaß verletzt. Menschenrechtsverteidiger in Thailand sind erheblichen Gefährdungen ausgesetzt. In dem Bereich sind mehrere internationale Akteure aktiv, z. B. *Human Rights Watch*, *Amnesty International*, *Crisis Group International* (ICG) und die *Commission for International Jurists*. Die Vereinten Nationen unterhalten zudem ein regionales Menschenrechtsbüro (UNOHR) und diskutieren derzeit verschiedene Aktivitäten mit der thailändischen Regierung im Hinblick auf die Situation im Süden. Deutsche gesellschaftspolitische Organisationen verfügen in diesem Bereich auch über große Erfahrungen und haben Zugang zu wichtigen Organisationen und Zielgruppen

Ansätze

- Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Richter, Staatsanwälte, Verteidiger und Justizbeamte.
- Die Stärkung von kritischen Medien und Menschenrechtsorganisationen, damit diese ihre Rolle als *Watchdogs* und „vierte Gewalt“ wahrnehmen können.

Hinweis:

- Es besteht die Gefahr von Duplizierungen und es müsste deshalb genau geprüft werden, in welchem Bereich ein signifikanter Beitrag der FES und anderer deutscher Organisationen geleistet werden kann.

8.3.4 Förderung der Jugendarbeit

Relevanz

Jugendliche besitzen ein großes Potential für gesellschaftliche Innovation und können wichtige Akteure für Prozesse der Versöhnung sein. Meist sind Jugendliche eher in der Lage, das Denken in Freund-Feind-Kategorien zu überwinden. Dennoch sind vor allem männliche Jugendliche häufig anfällig für Manipulation und können leicht durch Personen missbraucht werden, die ein Interesse an der Fortführung von Gewalt und Hass haben. Dies scheint auch im Konflikt in Südthailand der Fall zu sein, wo offensichtlich viele junge Menschen von den militanten Gruppierungen rekrutiert wurden. Insofern sind Jugendliche in diesem Konflikt als eine wichtige Zielgruppe für gesellschaftspolitische Organisationen anzusehen und werden deshalb hier gesondert besprochen. Bei Veranstaltungen und Seminaren mit Jugendlichen muss vom Erfahrungshintergrund und den Interessenlagen der Jugendlichen ausgegangen werden. Es bietet sich an, eng mit in Jugendarbeit erfahrenen Nichtregierungsorganisationen oder mit bereits bestehenden Netzwerken von Jugendlichen zusammenzuarbeiten. Auch sollte Ausbildung von Multiplikatoren in ziviler Konfliktbearbeitung und anderen relevanten Themen durchgeführt werden. Die Ausbildungsprogramme sollten auf einer sorgfältigen Bedarfsanalyse (*Training Needs Assessment*) beruhen, die nach bisherigem Kenntnisstand nicht vorliegt. Bei der Auswahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern für solche Maßnahmen sollte eine strenge Auswahl erfolgen. Die Personen, die an Ausbildungsmaßnahmen teilnehmen, sollen die trainierten Fähigkeiten auch in ihrem Arbeits- und Lebensumfeld anwenden können. Während der Durchführung von Ausbildungsveranstaltungen kann bereits dazu beigetragen werden, Vorurteile und stereotype Wahrnehmungsbilder abzubauen, insbesondere wenn ethnisch gemischte Gruppen trainiert werden.³²

³² Die FES hat im Mai 2006 eine erste Ausbildungsveranstaltung zur Friedensentwicklung mit jungen MuslimInnen durchgeführt.

Ansätze

- Schaffung eines Dialogforums zur Rolle von Jugendlichen und Kindern in der Konfliktregion mit einer Vielfalt an staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus möglichst verschiedenen Ebenen der Gesellschaft inklusive den Jugendlichen selbst.
- Erarbeitung von Seminarprogrammen, z. B. für interkulturelle Fragen, Friedenspädagogik, Toleranz, mit dem Ziel, dass Jugendliche ein Verständnis für die kulturelle Vielfalt ihres Landes entwickeln. Einer Segregation in den Schulen und auch im Freizeitbereich muss entgegengewirkt werden und ein Wissen um kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede gefördert werden.
- Förderung von individueller Friedensarbeit durch Trainingsprogramme in ziviler Konfliktbearbeitung und interkultureller Kommunikation.
- Weiterbildung von Pädagogen im Süden in interaktiven und partizipativen Lehrmethoden.
- Förderung einheimischer Initiativen, die Jugendliche für die Arbeit mit Jugendlichen qualifizieren bzw. Unterstützung bei der Entwicklung solcher Programme.
- Förderung des Dialogs zur Reform des Bildungs- und Schulsystems in den Grenzregionen. Ein Ansatzpunkt ist beispielsweise die Überprüfung und Überarbeitung von Schulbüchern, inwieweit sie interkulturelle Toleranz fördern.
- Unterstützung von Jugendmedien

Hinweis:

- Aufgrund der finanziellen Mittel, die der FES und anderen gesellschaftspolitischen Stiftungen in der Regel zur Verfügung stehen, sollte die Finanzierung von Ausbildungsmaßnahmen nur pilotmäßig durchgeführt werden. Vielmehr sollte sich die FES auf Maßnahmen zur Unterstützung bei der Entwicklung bzw. Verbesserung solcher Ausbildungs- und Trainingsmaßnahmen mit Partnerorganisationen konzentrieren. Hier kann Sie auch auf ihre internationalen Erfahrungen zurückgreifen.

8.3.5 Opfer der Gewalt

Relevanz

Die Zahl der Todesopfer hat im Januar 2007 die Marke von 2000, gerechnet von Januar 2004, überschritten. Diese Zahl verdeckt das Leid und Probleme, die durch die alltägliche Gewalt in der Region entstehen. Nach offiziellen Schätzungen soll es ca. 4000 Waisen und über 600 Witwen geben. Wie viele Personen davon ihre Angehörigen allein durch die Gewalt in den Unruheprovinzen verloren haben, ist unklar, aber Gesprächspartner gehen davon aus, dass der Anteil erheblich sein dürfte. Von verschiedenen Seiten wird bestätigt, dass der Bedarf an psychologischer und finanzieller Unterstützung groß ist. Mehrere Gesprächspartner haben insbesondere auf die mangelnde Unterstützung von Waisenkindern hingewiesen. Eine staatliche finanzielle Unterstützung gibt es kaum oder erreicht die Zielgruppe nicht. Nach Aussagen mehrerer Informanten gibt es nur unzureichend Angebote von Nichtregierungsorganisationen. So gibt es in den drei Grenzprovinzen nur ein einziges Waisenhaus.³³ Einige Hinterbliebene haben sich zu Netzwerken zusammengeschlossen wie z. B. das *Women Network for Peace* oder das *Committee for Healing of Women Relatives of Victims of Violence in the Southern Region*. Dennoch finden sich Berichte in Zeitungen und Zeitschriften, die auf vereinzelte Maßnahmen zur Unterstützung von Gewaltopfern hinweisen.

Ansätze

- Erstellung einer Bedarfsanalyse (*Needs Assessment*), auf deren Grundlage Unterstützungsmassnahmen entwickelt werden sollten. Darüber hinaus bietet sich eine Evaluation der bisherigen Projekte und Sammlung der Ergebnisse und Erfahrungen staatlicher und nicht-staatlicher Initiativen an. Hier sollte besonders Bezug zur Situation von Jugendlichen und/oder Frauen genommen werden.
- Empowerment und Qualifikation von Selbsthilfenetzwerken durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen.

Hinweis

- Dieser Bereich ist normalerweise keine primäre Aufgabe gesellschaftspolitischer Organisationen. Die FES und andere Stiftungen können mit ihren guten Kontakten jedoch vermittelnd tätig sein. Als Partner bieten sich gegebenenfalls Organisationen wie die Caritas an, die 2006 Interesse an diesem Thema bekundet hatte.

8.3.6 Empowerment von Frauen / Gender

Relevanz

Die Anzahl der Frauen, die direkte Opfer von Gewalt wurden, ist wesentlich geringer als die der Männer. Aber viele Frauen haben sehr mit den sozialen, ökonomischen und psychologischen Folgen des Konfliktes zu kämpfen. Frauen wurden zu Witwen; ihre Ehemänner oder Söhne sind ums Leben gekommen oder wurden entführt. Insgesamt herrscht in vielen Distrikten der Grenzprovinzen ein Klima der Unsicherheit. Viele Frauen haben Angst zur Arbeit zu gehen oder ihre sozialen Kontakte zu pflegen. Es gibt auch Frauen in den Grenzregionen, die aktiv an der Gewalt beteiligt sind, insbesondere als Sympathisantinnen. Wiederholt berichteten die Medien von Situationen, wo Frauen und Kinder vor Polizeistationen oder Verwaltungsgebäuden demonstrierten, z. B. für die Freilassung von Verdächtigen. Inwieweit diese Ansammlungen spontane Protestkundgebungen waren, oder von Separatisten koordiniert wurden, ist unklar. Es gibt Hinweise, dass Frauen von Separatisten zu Demonstrationen gegen die Behörden aufgefordert wurden. Auf der anderen Seite engagieren sich einige Frauen friedenspolitisch oder unterstützen Organisationen, die sich direkt oder indirekt mit den Folgen des Konfliktes auseinandersetzen. Manche von ihnen berichten von Einschüchterungsversuchen bis hin zu Morddrohungen.

Die Erfahrungen aus vielen Konfliktregionen in der Welt haben gezeigt, dass Frauen ein besonderes friedensförderndes Potential besitzen. Grundsätzlich sollte ein *Empowerment* von Frauen im sozialen, politischen und rechtlichen Bereich durch

³³ Nach einer Definition von UNICEF

Beratung, Aufklärung und Training vorangetrieben werden.

Ansätze

- Aufbau eines Monitoringsystems zur Situation der Frauen
- Training und Fortbildung für Multiplikatorinnen in Konfliktmanagement
- Unterstützung und Beratung zur Durchführung von Diskussionsforen zu konfliktrelevanten Themen in der Region
- *Capacity Building* für Frauenorganisationen und Netzwerke.

Hinweis

- Die FES hat Mitte 2006 eine Studie zur Auswirkung der Gewalt auf Frauen in den drei Grenzprovinzen in Auftrag gegeben.

8.3.7 Stärkung der lokalen Selbstverwaltung

Relevanz

Die Förderung der Dezentralisierung bzw. lokalen Selbstverwaltung ist nach Ansicht der meisten Gesprächspartner ein Eckpfeiler für eine Friedenstrategie. Thailand hat in seiner Verfassung von 1997 klar festgelegt, dass Thailand zwar ein unteilbares Königreich ist, aber die Artikel 78 und 282 in der mittlerweile außer Kraft gesetzten Verfassung sahen die Möglichkeit von weitreichenden lokalen Selbstverwaltungsrechten vor. Die lokalen Verwaltungsstrukturen wie die *Tambon Administrative Organizations* (TAO)³⁴, die *Provincial Administrative Organizations* (PAO) und Stadtverwaltungen wurden im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses in Thailand gegründet. Doch obwohl diese lokalen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen seit Jahren bestehen, ist das Gefühl mangelnder Partizipation insbesondere bei der muslimischen Bevölkerungsmehrheit stark ausgeprägt. Neben der dringenden Notwendigkeit mehr lokales (mus-

limisches) Personal in die lokale Verwaltung zu integrieren, ist auch großer Bedarf an Aus- und Weiterbildung auf den kommunalen Ebenen festzustellen.³⁵ Dies kann auch für lokal gewählte Vertreter gesagt werden.

Ansätze

- Ausbildung und Training von gewählten Vertretern, Angestellten und Beamten der Gemeindeverwaltungen
- Diskussion von internationalen Erfahrungen mit Dezentralisierungsprozessen und Programme zur ihrer Umsetzung
- Erhöhung des Frauenanteils in der lokalen Verwaltung

Hinweis

- 2006 förderte die Konrad-Adenauer Stiftung mit ihrem Partner, der *Sawasdee Foundation*, Weiterbildungsmaßnahmen für ausgewählte Mitglieder von *Tambon Administrative Organizations*.

³⁴ Tambon sind Verwaltungseinheiten unterhalb der Distrikte (Amphoe) in Thailand, vergleichbar den Gemeinden in der deutschen Verwaltung.

³⁵ Damit einhergehen sollte aber eine aktive Gestaltung des Dezentralisierungsprozesses durch die Zentralregierung. Derzeit spielt in Südthailand vor allem das Innenministerium noch eine zu große Rolle.

9. Abschlussbemerkungen

Politischen Stiftungen kommt eine bedeutende Rolle bei der Bearbeitung politisch sensibler Konfliktthemen zu. Da ihr Mandat es ihnen erlaubt, langfristig an solchen Themen zu arbeiten, sollten sie sich auf strategisch entscheidende Schwerpunkte konzentrieren. Die Empfehlungen der vorliegenden Konfliktanalyse sind unter den dynamischen politischen Rahmenbedingungen und dem begrenzten finanziellen Spielraum der deutschen politischen Stiftungen nur bedingt umsetzbar und müssen stets einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen werden. Aber gerade deshalb sollte es bei allen Programmen eine enge Kooperation bzw. Abstimmung unter den gesellschaftspolitischen Organisationen geben. Das gleiche gilt auch für die Zusammenarbeit der Stiftungen mit der thailändischen Regierung und Nichtregierungsorganisationen. Es sollte ein breiteres Spektrum und größere Flexibilität in der Partnerwahl angestrebt werden. Um positive Dynamiken herzustellen, reicht es nicht, sich auf die Unterstützung bekannter Partner zu beschränken. Dies ist auch notwendig, da insgesamt die Auswahl an kompetenten Partnerorganisationen in Bezug auf den Süden begrenzt ist. Insbesondere in den Grenzprovinzen selbst zeigt sich die Zivilgesellschaft noch als schwach entwickelt. Umso mehr ist es wichtig, dass externe Organisationen sich nicht nur in Bangkok nach Kooperationspartnern umschauen, sondern ggf. auch Aktivitäten vor Ort prüfen. Dies setzt natürlich voraus, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Veranstaltungen und anderen Maßnahmen nicht gefährdet werden.

Anhänge

Anhang 1: Chronologie des Konflikts im Süden

Datum	Ereignis
1902	Das Königreich Siam annektiert das Sultanat Patani.
1903	Der letzte Sultan Tengku Abdul wird wegen Verrats verurteilt und drei Jahre später wieder freigelassen.
1909	Ein Vertrag zwischen Großbritannien und Siam besiegelt die Einverleibung des Sultanats Patani in das Königreich, während die Briten die malaiischen Sultanate von Terengganu, Kelantan und Kedah (heute Malaysia) kontrollieren.
1910	Die siamesische Armee schlägt zwei Aufstände nieder.
1921	Es wird ein Gesetz zur Grundschulpflicht erlassen. Alle Kinder müssen für vier Jahre in die staatliche Schule, um die thailändische Sprache zu erlernen. Es gibt aber auch Unterricht in buddhistischer Ethik. Die malaiisch-muslimische Bevölkerung fasst dies als einen Angriff auf ihre kulturelle Identität auf.
1939	Der thailändische Diktator Phibun Songkhram verhängt mehrere Erlasse zur Assimilation aller Minderheiten. Der ethnisch neutrale Name Siam wird von ihm in Thailand umgewandelt. Der Gebrauch der malaiischen Sprache und Gebräuche inklusive das Tragen von traditionell-malaiischer Kleidung in der Öffentlichkeit wird verboten.
1941	Thailand kollaboriert im 2. Weltkrieg mit Japan. Einige Südthailänder schließen sich aber der Widerstandsbewegung an in der Hoffnung, dass Patani nach einem Sieg der Alliierten die Unabhängigkeit erlangt.
1944	Pridi Phanomyong übernimmt die Regierung und macht einige Maßnahmen zur Assimilierung von Minderheiten rückgängig.
1945	Nach dem Ende des Krieges erfüllt sich für viele Malaien die Hoffnung auf Unabhängigkeit nicht.
1947	Der Vorsitzende des islamischen Provinzrats von Pattani, Haji Sulong, gründet die <i>Patani Peoples Movement</i> . Er fordert u. a. Selbstverwaltung, mehr kulturelle Rechte und die Einführung islamischer Rechtssprechung in ausgewählten Bereichen. In einem Staatsstreich kommt Phibun Songkhram wieder an die Macht.
1948	Die neue Militärregierung von Phibun verhaftet zahlreiche Anführer im Süden. Auch Haji Sulong wird verhaftet und später exekutiert. Unruhen in der Region brechen aus.
1959	Die erste bewaffnete Gruppe mit dem Namen <i>Patani National Liberation Front</i> (PULO) wird gegründet und schreibt sich die Unabhängigkeit Patanis auf die Fahnen.
70er Jahre bis Anfang der 80er	Separatistische Gruppen führen gewalttätige Anschläge auf Polizeiposten und Regierungsgebäude durch. Die thailändische Regierung antwortet mit militärischer Härte.
1981	Die Regierung von Prem Thinsulanond macht eine Abkehr von seiner bisherigen Sicherheitspolitik. Sie macht politische Zugeständnisse und legt Entwicklungsprogramme für die südlichen Provinzen auf.

80er Jahre/Anfang der 90er Jahre	Die Regierung legt ein Amnestieprogramm an, welches von hunderten von Kämpfern angenommen wird.
In den 90er Jahren	Es kommt vereinzelt zu Anschlägen, aber insgesamt gilt diese Periode als friedlich.
1997-98	Malaysia verhaftet auf Wunsch der thailändischen Regierung mehrere Anführer separatistischer Gruppen auf ihrem Staatsgebiet.
2001	Der ehemalige Polizist und Medienmogul Thaksin Shinawatra wird zum Premierminister gewählt. Die Zahl der Anschläge auf staatliche Einrichtungen und Sicherheitskräfte nimmt zu.
2002	Thaksin löst im Mai das <i>Southern Border Provinces Administration Centre</i> und die gemeinsame <i>joint civilian-police-military (CPM 43) task force</i> auf.
2003	Die Regierung ruft einen Krieg gegen Drogen aus. Mehr als 2000 Menschen kommen ums Leben; Tausende werden verhaftet. Einige Menschen verschwinden. Davon sind die Grenzprovinzen besonders stark betroffen. Im Juni werden drei bekannte Muslime als Terroristen verhaftet.
4. Januar 2004	Mutmaßliche Terroristen zünden mehrere Schulen an, attackieren Polizeiposten und verüben mehrere Bombenattentate. Die Regierung Thaksin verhängt wenige Tage später das Kriegsrecht für die Grenzprovinzen.
März 2004	Der bekannte Menschenrechtsaktivist und Anwalt Somchai Neelaphaichit verschwindet.
28. April 2004	Bewaffnete junge Muslime greifen, teilweise nur mit Messern und Macheten bewaffnet, elf Polizeiposten in den Grenzprovinzen an. Ein Teil der Angreifer verschanzt sich später in der Krue Se-Moschee in Pattani. Sie werden wie viele von offensichtlich vorgewarnten Sicherheitskräften getötet.
25. Oktober 2004	Vor der Polizeiwache in Tak Bai in Narathiwat kommt es zu einer Massenkundgebung gegen die Inhaftierung von sechs Personen, die angeblich Aufständische mit Waffen versorgt haben sollen. Sechs Menschen kommen zu Tode und ca. 1300 Demonstranten werden verhaftet, ihre Hände auf den Rücken gefesselt und in völlig überfüllten Armeelastern in ein Camp nach Pattani gebracht. 78 Personen ersticken beim Transport.
Februar 2005	Die Thai Rak Thai verliert bei den Wahlen alle Sitze in den drei Südprovinzen.
März 2005	Ernennung der Nationalen Versöhnungskommission unter Vorsitz des früheren Premiers Anand Panyarachun.
3. April	Bombenanschläge auf den Flughafen Hat Yai, ein Kaufhaus und Hotel in Songhkla.
14. Juli	Koordinierte Anschläge in Yala während eines Stromausfalls: Bomben und Brandsätze in Hotels, Kaufhäusern, Schulen etc.
16. Juli	Anstelle des Kriegsrechts erlässt Thaksin ein Notstandsdekret mit weit reichenden Vollmachten für die Sicherheitskräfte.
30.-31. August	131 Thai-Muslime, 64 Männer, 24 Frauen und 43 Kinder aus Narathiwat flüchten über die Grenze nach Malaysia.
September 2005	General Sonthi Boonyaratglin, ein Muslim aus dem Süden, wird erstmals der neue Oberbefehlshaber der Armee.

21. September	Zwei Marinesoldaten werden in Tanyonglimo/Narathiwat ermordet. Nach der Erschießung einiger Männer vor einem Teeladen werden sie als angebliche Fahrer des Attentatwagens von den Dorfbewohnern als Geiseln genommen. Während die Dorfbewohner eine Menschenkette bilden und den Zugang von Sicherheitskräften während der Verhandlungen für 20 Stunden lang verhindern, werden die Soldaten gefoltert und ermordet.
16. Oktober	Überfall auf den Promprasit Tempel in Pattani, bei dem der Tempel zerstört wird, und ein 76-jähriger Mönch und zwei Novizen Ermordet werden. Der hochrangigste Mönch von Pattani nennt die NRC pro-muslimisch und fordert ihre Auflösung. Gemäßigte Gruppen warnen vor einer religiösen Interpretation des Konflikts.
18. Oktober	Das Kabinett billigt die Verlängerung des Notstandsdekrets in den drei Provinzen bis Januar 2006.
4. November	Aus Sorge um die Ausbreitung des Konflikts in die Nachbarprovinz Songhkla wird in zwei muslimisch dominierten Distrikten das Kriegsrecht verhängt.
16. November	Eine neunköpfige Muslimfamilie wird in ihrem Haus im Dorf Kathong/Narathiwat in der Nacht ermordet.
20. November	Zur Vergeltung werden zwei buddhistische Dörfer in Yala angegriffen
Anfang Dezember	Einer der 131 im August nach Malaysia geflüchteten Muslime wird aufgrund eines Haftbefehls aus Thailand zurückgeschickt.
Januar 2006	Nur einer von fünf Polizisten, die an dem „Verschwinden lassen“ des Menschenrechtsanwalts Somchai Neelaphaichit beteiligt waren, wird zu drei Jahren verurteilt. Die anderen werden aus Mangel an Beweisen und aufgrund der nicht gefundenen Leiche Somchais freigesprochen. Thaksin sagt öffentlich, dass er davon ausgehe, dass der Anwalt nicht mehr am Leben sei.
	Thaksin lehnt Verhandlungen mit separatistischen Gruppen mit der Begründung ab, dass ihm keine Gruppierung bekannt sei, die Verhandlungen angeboten habe.
Februar 2006	Auf Massendemonstrationen fordern Hunderttausende Thaksins Rücktritt wegen Korruption und Machtmissbrauchs. Der Premier hat jedoch weiterhin großen Rückhalt in den nördlichen und nord-östlichen Provinzen des Landes. Thaksin löst das Parlament auf und ruft kurzfristig Neuwahlen aus. Die führenden drei Oppositionsparteien boykottieren die Wahlen.
2.-4. April 2006	Thaksins Partei „Thai Rak Thai“ gewinnt 57% der Stimmen, aber Thaksin tritt offiziell zurück aufgrund der hohen Zahl an Nichtwählern. Er bleibt offiziell Premier, aber übergibt zeitweilig die Amtsgeschäfte an den ehemaligen Polizeigeneral Chidchai Vanasatidya. Dieser war auch für die Sicherheit im Süden des Landes zuständig.
25. April	König Bhumipol fordert die obersten Richter des Landes auf, das Durcheinander in Ordnung zu bringen („to solve the mess“).
8. Mai	Das Verfassungsgericht erklärt die Wahlen vom 2. April für ungültig.
15. Juni	Bei einer Anschlagserie auf 46 Einrichtungen von Polizei, Regierung und Wirtschaft werden zwei Menschen getötet und 21 weitere verletzt.

3. August	Es kommt immer wieder zu koordinierten Anschlagserien. Fast einhundert Vorfälle werden registriert. Dabei werden insgesamt drei Menschen getötet und vier verletzt. Manche Anschläge zielen auf Häuser, in denen Politiker des Landes wohnen. Weiter sind Polizeistationen, buddhistische Tempel sowie Bars in den Grenzorten zu Malaysia betroffen. Außerdem wird der scheidende Senator Fakhrudin Boto in der Südprovinz Narathiwat durch Schüsse schwer verletzt.
31. August	Am Vormittag werden von unbekanntem Tätern in einer offenbar koordinierten Aktion fast gleichzeitig Bombenanschläge auf 22 Banken verübt.
Anfang September	Armeechef Sonthi ruft öffentlich zu Verhandlungen mit separatistischen Organisationen auf.
16. September	Zum zweiten Mal kommt es vor Hotels und Einkaufszentren in Hat Yai zu einer Anschlagserie. Fünf Menschen sterben – darunter zum ersten Mal ein westlicher Ausländer. Mindestens 70 werden verletzt. Das Datum fällt auf den Gründungstag der separatistischen Gerakan Mujahidin Patani (GMP).
19. September	Militärputsch unter Führung von General Sonthi Boonyaratglin – einem Muslim. Die Verfassung wird außer Kraft gesetzt, das Parlament aufgelöst. Thaksin geht ins Exil. Als ein Grund für den Coup geben die Putschisten Thaksins schlechtes Management der Südproblematik an.
9. Oktober	Das neue Kabinett wird vorgestellt. Die Berufung von Aree Wong-arya als Innenminister, einem Muslim mit einem guten Ruf, und dem früheren Chef des SBPAC, Banyat Chansena, als sein Deputy wird als gutes Zeichen gewertet.
24. Oktober	Die Übergangsregierung beschließt die Wiedereinrichtung des Southern Border Province Administrative Center (SBPAC) und CPM-43. Neu ist die Einbeziehung des Justizministeriums. Zuvor waren nur das Verteidigungs- und das Innenministerium beteiligt. Als Leiter wird der Gouverneur von Nonthaburi, Pranai Suwanrath, ernannt. Er ist der jüngere Bruder der ehemaligen SBPAC-Direktors Palakorn Suwanrath, der von Thaksin abgesetzt wurde. Das SBPAC nimmt am 1. November offiziell seine Arbeit auf.
2. November	Premier Surayud entschuldigt sich öffentlich für die Versäumnisse und das Fehlverhalten der vorherigen Regierungen in den Südprovinzen – die erste Entschuldigung einer Regierung – und kündigt zudem die mögliche Aufhebung der Anklage gegen 58 Personen an, die beschuldigt werden, am 25. Oktober 2004 an aufrührerischen Aktivitäten beteiligt gewesen zu sein.
8. November	Surayud erklärt, dass die Erstellung von schwarzen Listen und die Auslobung von Kopfgeld abgeschafft werden. Außerdem erklärt er, dass die Staatsanwaltschaft alle Anklagen von Tak Bai fallen lässt – inklusive der 34 Personen, die sich bisher dem Zugriff der Justiz entzogen haben.
31. Dezember	Eine Bombenserie fordert am Silvesterabend mindestens drei Todesopfer und 38 Verletzte. Am Neujahrstag erklärt Übergangspremier Surayud Chulanont, dass nicht Separatisten aus dem Süden, sondern „Kreise“, die vor Kurzem an Macht und Einfluss verloren haben, dafür verantwortlich sind und impliziert damit Anhänger des früheren Regierungschefs Thaksin Shinawatra.
18. Februar 2007	In einer konzertierten Aktion explodieren in den Grenzprovinzen 37 Bomben und es werden 26 Brandanschläge und 7 Mordanschläge mit Schusswaffengebrauch verübt.

Anhang 2: Literaturliste

- Abuza, Zachary: *A Breakdown of Southern Thailand's Insurgent Groups*, in: *Terrorism Monitor*, Vol. IV, Issue 17, September 18, 2006
- Abuza, Zachary: *The effects of Thailand's Coup on the Southern insurgency*, in: *Terrorism Monitor*, Vol. IV, Issue 20, October 10, 2006
- Aeusrivongse, Nidhi: *Understanding the Situation in the South as a „Millenarian Revolt“* in *Kyoto Review of Southeast Asia*, No. 6, März 2005
- Amnesty International: *Thailand: „If you want peace, work for justice“*, Amnesty Bericht,
- Aphornsuvan, T.: *How did the Thai government perceive Malay Muslims's political movement*, Asia Research Institute (ARI), National University of Singapore (NUS), 2004
- Arya, Gothom, *Local Patriotism and the need for sound language and education policies in the Southern Border Provinces*, in: Yusuf, Imtiyaz/Lars-Peter Schmidt, *Understanding conflict and approaching peace in Southern Thailand*, KAS, Bangkok 2006, S. 17-50
- Asian Legal Resource Centre: *Institutionalised torture, extrajudicial killings & uneven application of law in Thailand. An alternative report to the initial report of Thailand to the Human Rights Committee*, März 2005 (überarb. Version April 2005), online at www.alrc.net
- Connors, Michael, K.: *War on Error and the Southern Fire. How Terrorism Analysts get it wrong*, in: *Critical Asian Studies*, Vol. 38, Nr. 1, March 2006, S. 151-175
- Crisis Group Asia Report No. 105, *Thailand's Emergency Decree: No Solution*, 18. November 2005, online at www.crisisgroup.org
- Crisis Group Asia Report Nr. 98: *Southern Thailand: Insurgency, Not Jihad*, 18. Mai 2005, online at www.crisisgroup.org
- Crossaint, Aurel: *Unrest in South Thailand: Contours, Causes and Consequences since 2001*. In: *Strategic Insights*, Volume IV, Issue 2, 02/2005
- FES Jahresbericht Thailand 2006
- Harish, S.P.: *The Way forward in the Southern Thailand Conflict: A Public Peace Process*, IDSS Commentaries 69/2005, Singapore 2005
- Harish, S.P.; Chua, S.: *Carnage in Southern Thailand: Is there Recourse?*, IDSS Commentaries, Nr. 56/2004, Singapore
- Harish, S.P.: *Changing Conflict Identities*, Working Paper, No. 107, IDSS, Singapore 2006
- Hassan, Mohammad H.: *Trouble in Thailand's Muslim South: What a stronger Thaksin can do*, IDSS Commentaries, No. 06/2005, Singapore
- Islam, Syed Serajul: *Recent Violence in Southern Thailand*. In: *The Message International*, S. 44-46, November/Dezember 2004
- Liow, Joseph Chinyong, *Muslim Resistance in Southern Thailand and Southern Philippines: Religion, Ideology, and Politics*, East-West Center Washington, online at www.eastwestcenterwashington.org/publications
- Liow, Joseph, C.: *Over-reading the Islamist factor in Thailand's southern troubles*, IDSS Commentaries 11/2005, Singapore

Liow, Joseph: *Bangkok's Southern Discomfort: Violence and Response in Southern Thailand*, IDSS Commentaries Nr. 14/2004, Singapore

Liow, Joseph: *The Pondok Schools of Southern Thailand. Bastion of Islamic Education or Hotbed of Militancy?*, IDSS Commentaries Nr. 32/2004, Singapore

McCargo, Duncan: *Thaksin and the Resurgence of Violence in the South: Network Monarchy Strikes Back?*, in: *Critical Asian Studies*, Vol. 38, Nr. 1, March 2006, S. 39-71

National Reconciliation Commission: *Overcoming Violence through the Power of Reconciliation*, Bangkok, May 2006

Pojar Jr., Daniel J.: *Lessons not learned: The Rekindling of Thailand's Pattani Problem*, Master Thesis, Naval Postgraduate School, Monterey, CA, USA

Rojanaphruk, Pravit: *Thainess and its History: Reflection on the Problematic Nature of Nationalism with Emphasis on the Case of Recent Violence in Pattani and other Southern-most Provinces of Thailand*, In: *Sephis e-magazine* No.2, 01. September 2005, S. 4-5.

Sabur, M. Abdus: *Minorities in Thailand and current issues*, ICIP Journal, Vol. 2, No. 1, January 2005

Smith, Anthony, L.: *Trouble in Thailand's Muslim South: Separatism, not Global terrorism*, Asia-Pacific Center for Security Studies, Vol.3, Nr. 10, October 2004

Srisomppob Jitpiromsri with Panyasak Soghonvasu: *Unpacking Southern's Southern Conflict: The Poverty of Structural Explanations*. in: *Critical Asian Studies*, Vol. 38, Nr. 1, March 2006, S. 95-105.

Vasu, Norman: *Thailand's Restive South: Time to Acknowledge the Multiplicity of Thai-ness*, IDSS Commentaries, Nr. 35/2005, Singapore

Thailand Human Development Report: *Sufficiency Economy and Human Development*, UNDP, Bangkok 2007

Wheeler, Matthew, *US and Southern Thailand Conflict*, unpublished Draft Paper, online at www.souththailand.org

Artikel aus den englischsprachigen thailändischen Zeitungen: Bangkok Post, The Nation, Thai Day sowie Auswertung der internationalen Presse

Anhang 3: Karte von Thailand



© Britannica Online, www.britannica.com/le/art-61747

Anhang 4: Gesprächsleitfaden

Introduction

Regarding the report of the National Reconciliation Commission (NRC) - are there any major areas where you personally are of another opinion with the analysis of the causes?

What are for you the most important demands in the NRC reports? How you see the commitment of the Thai Government to implement them?

Why (and how) has the situation in your opinion changed/deteriorated in the last years?

In which way do the current political developments in Bangkok affect the South?

What are the common Muslim-Thais and Buddhist-Thais in the South talking about in the family/among friends/in the café? Could you describe the current atmosphere in the South?

How much acceptance do formal institutions enjoy? Provincial governments, judges, directors of public health centres, teachers?

Do you think the creation of Muslim parties (as currently discussed) could have a positive role in the conflict?

Actors

Is the Muslim community a homogenous group or are there many different factions?

Is there any armed group with the potential to negotiate and having the authority to stop or decrease substantially violence?

What forms of protest against violence are visible?

Who is in your opinion behind the violent incidents and bombings in the South? What are their goals?

Some people claim that many people profit from the violence. If you agree - who are these people? Who are the main relevant actors in this conflict? Do you see any actors of the so-called separatist groups that have to be included to find a peaceful solution? If so, how do you think they should be integrated?

Is group xy more influential / more violent than others?

Strategies and Sectors

Given you had the power to change, what would you do: on a macro-level, on a meso (organizational level), on a micro-level? If you would be in control of the Fund of Healing and Reconciliation - what would you fund?

Do you see an international example from which Thailand could learn?

Education

How do you see the educational situation in the South?

How should the educational system be reformed in the South?

Are the current school curricula appropriate in the South?

Which role do you see for Pondok schools?

Which role do you see for the Malayu/Yawi language? How and who should implement it?

Employment Generation and Economy

How do you see the economic situation in the South in comparison with the rest of the country and/or with the Malaysian neighbouring province? How is the economy affected by the conflict?

Where do you see urgent actions needed? What could be radical economic reforms?

Which government projects are in your opinion success stories? Which government initiatives are not going so well?

The implementation of a "sufficiency economy" in the South has been often highlighted. What does it mean in practice?

Youth and Women

Could you describe the atmosphere among young people in the South?

What is the role of youth in the conflict? How do you think they could be part of a problem-solving strategy?

What influence do women have on the conflict and on potential strategies for conflict resolution?

Justice and Human Rights

The NRC highlighted the issues of building confidence in the judicial process. What are the key measures you see that have to be put in place and how do they come about? What has to change to bring a justice system and judicial process that will enhance peace and reconciliation in the region?

What is your opinion about partial use of Sharia law? What would change for women and men? Does it undermine women rights?

Security

Do you think the implementation of the Southern Border Provinces Administrative Centre (SBPAC) will improve the situation?

How do you think the government should increase the security for schools?

What do you think about the army of peace? What happens if the unarmed personnel are attacked?

Media

What is the role of the media in the current conflict?

How is the media useful in the process of reconciliation?

What is its role? What should media do?

(Who do you think is the best media expert on the situation in the South?)

Scenarios (Prognosis)³⁶

(Could you share your vision about a Thailand in relation to the Deep South?)

What do you think is the worst-case scenario for the conflict?

What do you think is the best case scenario for the conflict under the given circumstances?

What is the most probable scenario for the conflict?

International community/External actors

Is your organization active on issues in the South? For how long has the organization been working in the South? What are your objectives and activities? Does the NRC report influence your work?

How does TICA respectively the Thai Government see your activities? How would you describe your relationship?

With whom are you working in the South (government bodies, police, civil society, religious institutions?)

Is there any kind of monitoring of the sensitivity to conflict of your existing activities?

Do you see a role for the international community in the conflict? If so, what do you want them to do? Where do you see a positive role for the international community or INGO to contribute to peace in the South?

Do you see any role for Malaysia in solving the conflict? If yes, in which way?

Do you think the Thai government should make it easier for foreign NGOs to work in the South? With whom should they work; in which area? Do you think FES can play a positive role to peace and harmony in the region; in which way?

Final Questions

Can you recommend persons whom else we should meet?

Any question which we haven't asked but should have asked?

Do you have any question to us?

³⁶ Experience has shown that only a few people – often the political analysts are capable of answering this question.

Anhang 5: Verzeichnis der Abkürzungen

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CIA	Central Intelligence Agency
CNS	Council for National Security
CPM-43	43rd Joint Civilian, Police and Military task force
DSI	Department for Special Investigations
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FNST	Friedrich-Naumann-Stiftung
FriEnt	Gruppe Friedensentwicklung
GMIP	Gerakan Mujahidin Islam Patani
GTZ	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
HBS	Heinrich-Böll-Stiftung
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung
ICG	International Crisis Group
ISOC	Internal Security Operation Command
Jl	Jeemah Islamiyah
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
NRC	National Reconciliation Commission
NSC	National Security Council
NRO	Nichtregierungsorganisation
ONCB	Office Narcotics Control Board
PAO	Provincial Administrative Organization
PULO	Pattani United Liberation Organization
BRN-C	Barisan Revolusi Nasional-Koordinasi (BRN-C)
RKK	Runda Kumpulan Kecil
SBPAC	Southern Border Provinces Administrative Centre
TAO	Tambon Administrative Organization



www.fes.de/conflictprevention

Afghanistan	2002
Mazedonien	2002
Usbekistan	2002
Pakistan	2004
Sudan	2004
Tadschikistan	2004
Kolumbien	2005
Bosnien und Herzegowina	2005
Angola	2006
Georgien	2006
Bolivien	2006
Province of Aceh / Indonesia	2006

ISSN 1862-3689

ISBN 978-3-89892-705-5